Klaus Weigle
Vom Sturmgrenadier zum KPD-Landesvorsitzenden

Eine autobiographische Skizze (1946/50)

Am 19.August 1946 betrat in Lübeck ein junger Mann das Stadtteilbüro der KPD in der Fackenburger Allee und füllte einen Aufnahmeantrag aus. Wenig später erhielt der Genosse K. W., geboren 1926 in Danzig-Langfuhr, sein Parteibuch. Er war vor kurzem aus französischer Kriegsgefangenschaft geflohen und hatte am 15.Juni das erste Mal die Hansestadt besucht. Seine Mutter war dort mit seinen beiden Geschwistern nach zielloser Flucht vor der Roten Armee zufällig hängengeblieben. Die Behörden hatten den drei Flüchtlingen ein Zimmer in der Sadowastraße zugeteilt — nahe des erwähnten Stadtteilbüros. Das erklärt, warum er den im Stadtteil VII seiner Grundorganisation organisierten Genossen völlig unbekannt war.

Klaus Weigle, der neue Vorsitzende der nach eigenen Angaben mehr als 10 000 Mitglieder zählenden Landesorganisation Schleswig-Holstein der KPD
(HN-Pressefoto vom 15.05.1950)

Umgekehrt hatte ich meinerseits keine Erfahrungen mit Kommunisten. Meinen Vater hatte ich einmal davon sprechen hören, daß man nicht umhin käme, mit „Plenis Leuten" zusammenzuarbeiten, sie hätten im Hafen wichtige Stellungen. Meine Eltern beherbergten gelegentlich heimlich Juden, die ohne die erforderlichen Papiere über den Freihafen ins Aus-

land zu fliehen versuchten. Ich wollte wissen, was das für Leute seien, mit denen man sich nur notgedrungen einließ; mein Vater klärte mich auf: Danziger Kommunisten, deren bekanntester Führer Anton Plenikowski hieß.

Dreieinhalb Jahre später wählten die Delegierten einer außerordentlichen Konferenz der KPD-Landesorganisation Schleswig-Holstein den Unbekannten einstimmig zu ihrem Vorsitzenden.

Was bewog den Heimkehrer, der kommunistischen Partei beizutreten? Die lokale Politik der KPD konnte es nicht gewesen sein. Die zehn Wochen, die zwischen seiner Ankunft in der britischen Besatzungszone und seinem Parteieintritt lagen, hatte er sich fast ausschließlich in Salzgitter-Lebenstedt aufgehalten, wo ihm sein Fluchtkamerad — trotz fehlenden Entlassungsscheins — eine amtliche Registrierung (polizeiliche Anmeldung), eine Unterkunft und einen Arbeitsplatz verschaffte. Da es nichts zu bauen gab, half er, Hallen der ehemaligen „Reichswerke Hermann Göring" für die britische Besatzungsmacht zu demontieren. Sein Lagerkamerad Heinrich Ihsen, leitender Mitarbeiter der Mehmel AG Hannover, wollte ihm aus Dankbarkeit ein Ingenieurstudium finanzieren. Das vertrug sich nicht mit der kommunistischen Agitation, die der junge Mann in der Demontagekolonne betrieb, deren Leitung ihm Heinrich Ihsen übertragen hatte. Die im Lager entstandene Kameradschaft zerbrach im zivilen Alltag. Im November 1946 zog er auf das Plöner Schloß, um an einem Lehrgang teilzunehmen, in dem die kurz vor dem regulären Abitur eingezogenen Kriegsteilnehmer die Hochschulreife erlangen konnten. Die von den Absolventen in Form eines Theaterprogramms verfaßte Abschlußzeitung wies den jungen Mann in der Rolle eines „Sozialisten" aus, einer Rolle, die er bisher so ausgefüllt hatte, wie er sie nach der Lektüre verschiedener Schriften von Marx, Engels, Lenin und auch Stalins „Dialektischem und historischem Materialismus" verstand. An der praktischen Arbeit der KPD begann er erst nach der Rückkehr zu seiner Mutter, Anfang 1947, teilzunehmen.

Daß sich der junge Mann, kaum in Freiheit, im Gegensatz zu der großen Mehrheit seiner Altersgruppe politisch organisierte, hing mit seiner Herkunft zusammen und war insofern folgerichtig. Sein Vater, ein durch die freigeistige Wickersdorfer Schulgemeinde und die Studienjahre in den USA geprägter bürgerlich-liberaler Mann, hatte ihn antifaschistisch erzogen. Der Sohn hatte die Verfolgungen miterlebt, denen der Vater als Nazigegner ausgesetzt war. Für ihn stand darum bereits im *Depot 211*, wo er als *„prisonnier de guerre"* Nr.59997887 von der Kapitulation des III. Reiches erfuhr, fest, sich künftig dafür einzusetzen, daß Faschismus und Krieg sich nicht wiederholen. Er hielt dieses Versprechen am 8. Mai 1945 auf einem Stück Karton fest.

Daß er sich bei der Verwirklichung seines Vorsatzes den Kommunisten anschloß, hat etwas Zufälliges. In dem auf einer Moselinsel gelegenen *Depot 211* gab es von seiten der Lagerlei-

tung keinerlei „Umerziehungsversuche", wie sie aus Lagern der anderen Siegermächte bekannt sind, auch unter den in großen Silos gehaltenen Gefangenen gab es niemanden, der die Initiative zur Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit ergriff. Für die ständig hungrigen, ums nackte Überleben bemühten Wehrmachtssoldaten war das kein Thema. Bücher oder sonstigen Lesestoff, der einen dazu hätte anregen können, gab es nicht. Für den jungen Mann änderte sich das, als ihm ein Bewacher auf seinem späteren „Kommando" — einer Außenstelle des *Ministere de la Reconstruction et de l' Urbanisme* in Metz — eines Tages einige Schriften der Kommunistischen Internationale brachte, darunter Exemplare der *Inprekor* aus den 20er Jahren. Der des Deutschen nicht mächtige Franzose hatte dem Gefangenen mit den wer weiß wo aufgetriebenen deutschsprachigen Broschüren wohl eine kleine Freude machen wollen. Er ahnte nicht, daß er Weichen stellte.

Auf der Suche nach Antworten auf Fragen, die NS-Reich und Kriegserlebnis für ihn aufgeworfen hatten, sog der junge Mann auf, was die Schriften ihm boten. Im Gedächtnis sind ihm vor allem Aufsätze Anatoli Lunatscharskis, des sowjetischen Volkskommissars für Bildungswesen, geblieben. Vom Imperialismus war die Rede, der Ursache schon des Ersten Weltkriegs, von der Macht des Kapitals, das immer wieder auf eine Neuaufteilung der Welt drängen würde, von der russischen Oktoberrevolution und dem Aufbruch in eine neue Zeit; die junge Sowjetmacht, erfuhr er, sei auf dem Wege zu einer neuen Ordnung, in der der Mensch nicht mehr des anderen Wolf sein, in der es sozial gerecht zugehen werde, in der niemand an Rüstung verdienen könne und darum jeder am Frieden interessiert sei. Die Geschichte sei kein ewiger Kampf, in dem das Recht auf seiten der Stärkeren, der rassisch Überlegenen, ist, wie man es seiner Generation gelehrt hatte. Vielmehr waren es Klassenkämpfe — Sklavenaufstände, Bauernkriege, die große Französische Revolution und schließlich der Rote Oktober 1917 —, in denen sich der Fortschritt gesetzmäßig Bahn brach in Richtung auf eine Welt der Brüderlichkeit und des Friedens. Die Deckel der *Inprekor* zeigten anschaulich, wer allein das zustande bringen würde: Ein kräftiger Arbeiter zerschlug eine um den Erdball geschlungene Kette.

Diese Aussicht auf eine bessere Welt wollte er nicht für sich behalten! Nach seiner Flucht brannte der junge Mann darauf, die gewonnenen Anschauungen seinen Jugendfreunden weiterzugeben. Der erhaltene rege Briefwechsel dokumentiert die Überzeugungsversuche, die Einwände seiner Freunde und das Ergebnis seiner Aufklärung. Auffallend sein zunehmender „Kampfgeist": *Du weißt, wie Stahl gehärtet wurde, und wir werden es auch. Pioniere für eine neue Welt sind wir und haben es schwer. ... Wir sehen die Welt, wie sie ist, und kämpfen für eine bessere mit der Gewißheit im Herzen, daß unser Kampf nicht vergebens geführt wird und daß am Ende dieses Kampfes der Sieg steht.*[1] Einige seiner vertrauten Jugendfreunde machten sich über den Pionier Sorge: *„... Deine letzten Zeilen Deines Briefes klangen so schrecklich fanatisch. ... ich bitt' Dich,*

[1] Brief an Herta Möbius, 27.05.1948.

denk daran, der gute Genosse erhält sich seiner Partei — der Freund seinem Freunde".[2] Immer wieder nimmt der junge Gen. K.W. auf Wolfgang Borchert und sein „Draußen vor der Tür" Bezug. Des Heimkehrer Beckmanns Fragen, das waren auch seine; er teilte den Zorn auf die Selbstgefälligkeit und Gewissenlosigkeit des *Anderen* — von denen es so viele um ihn herum gab, angefangen von Hein Ihsen, dem Fluchtkameraden -, und er war sicher, Beckmann die Antworten voraus zu haben, die dieser vergeblich suchte. Durch nichts Privates will sich der Neue-Welt-Pionier von seiner Mission abhalten lassen. Das vergißt er auch bei der Wahl seiner Lebensgefährtin nicht; einem bereits für seine Partei gewonnenen Jugendfreund stellt er sie mit den Worten vor: *„Sie ist jung, hübsch und gesund. Eine gute Genossin, erprobt in der Kleinarbeit, erfolgreich in vielen Aktionen und ein wirklicher Kamerad."*[3]

Für junge, dem „Neuanfang" gegenüber aufgeschlossene Menschen war der Eintritt in die kommunistische Partei 1946 aus mindestens vier Gründen leichter als in späteren Jahren. Die Sowjetunion stand weltweit in hohem Ansehen. Niemand bestritt, daß sie die Hauptlast des Kampfes gegen den deutschen Imperator getragen, die meisten Opfer gebracht, den entscheidenden Anteil an der Zerschlagung des NS-Reiches geleistet hatte. Den nach politischer Orientierung Suchenden traten als Repräsentanten der KPD Frauen und Männer entgegen, die Hitler mutig und standhaft getrotzt, Drangsal, Folter und Haft auf sich genommen hatten. Sie sahen Kommunisten als Minister, Senatoren und Bürgermeister wirken. [4] Erklärtes Ziel der KPD war eine von einem Bündnis aller Antifaschisten und Demokraten getragene Ordnung, die die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 vollenden sollte. Was den Sozialismus betraf, war ein besonderer deutscher Weg, ein friedlicher vorgesehen, falsch sei es, *„Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen".*[5] Und schließlich war auch nicht abzusehen, welche Belastungen und Nachteile eine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei in Zukunft wieder mit sich bringen würde.

Durch schwere alliierte Bombenangriffe zerstört, von Flüchtlingen aus dem Osten überschwemmt, herrschte in der Hansestadt die gleiche Nachkriegsnot wie in allen Großstädten des ehemaligen Reiches. Es fehlte an Wohnungen, an Arbeitsplätzen. Satt zu werden, stand für die meisten Menschen an erster Stelle ihrer täglichen Anstrengungen. Arbeiter und Angestellte streikten und demonstrierten gegen den Hunger: *„Wir wollen keine Kalorien, sondern was zu essen!"* und die *„Todestrafe für Schwarzhändler!"*[6] Dem „Normalverbraucher" wurden damals täglich nur wenig mehr als tausend Kalorien zugeteilt. Die Mutter des jungen Mannes gehörte zu den vielen Kriegerwitwen, die es in jenen Zeiten besonders schwer hatten und auf die „Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene" angewiesen waren. Die niedrige Unterstützung reichte kaum zum Überleben. Ihr Mann war 1945 in sowjetische Gefangenschaft geraten und blieb dort verschollen. Er hatte dem ältesten Sohn in seinem letzten Brief aus dem bereits

[2] Brief von Horst Bender an K.W., 28.01.48.

[3] Brief an Ulrich Möbius, 23.12.48.

[4] „Die deutschen Kommunisten haben bei der Reorganisation des wirtschaftlichen und politischen Lebens während der ersten Periode nach dem Zusammenbruch in allen vier Besatzungszonen energisch mitgearbeitet und viel geleistet." Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, edition suhrkamp, Ffm.1965, S.177.

[5] Aufruf der KPD vom 11.06.1945, Deutsche Volkszeitung, Nr.1, 13.06.1945; Anton Ackermann: „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?", in: Die Einheit — Monatszeitung zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, Nr.1, Februar 1946.

[6] Vgl. Heraus zum Kampf, Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Lübeck 1866-1949, Lübeck 1987, S.357 ff.

eingeschlossenen, von Hitler zur „Festung" erklärten Danzig ans Herz gelegt, der Mutter und den Geschwistern *„eine Stütze"* zu sein. Meinen Vater und mich verband ein inniges Verhältnis; sein sinnloser Abgang, die tiefe Resignation, mit der er von mir Abschied nahm, trafen mich tief: *„Ich habe das Gefühl, als wenn ich von Euch schon unüberwindlich getrennt bin. ... Sterben wir alle, so kann es uns nicht schwer fallen, von dieser Welt des Irrsinns und der Verbrechen Abschied zu nehmen."*[7]

Der vom Vater verpflichtete Sohn wollte zum Lebensunterhalt der Mutter und Geschwister beitragen. Gleichzeitig hatte er das Gefühl, daß sich in diesen Monaten die Zukunft Deutschlands und der Deutschen entscheiden werde, und stellte seine ganze Kraft in den „Dienst der Partei", mit der sich seine Hoffnungen auf eine bessere Gesellschaft verbanden. Er schlug ein weiteres Angebot aus, ihm ein Architekturstudium zu finanzieren; ein Kriegskamerad seines verschollenen Vaters (Otto Herr, Hannover) hatte sich dazu bereit erklärt. Seiner Mutter schrieb er in diesem Zusammenhang am 20.12.1946: *„Wichtiger als die Trümmer auf den Straßen zu räumen und neue Häuser zu bauen, erscheint es mir, die Trümmer in den Köpfen zu beseitigen, damit wir über sie nicht in neue Katastrophen stolpern."*[8] Er wollte Journalist werden. Nicht lange, und er hatte Gelegenheit dazu.

Der junge Mann war Mitglied einer Partei geworden, die 27 Jahre existierte, von denen sie etwa die Hälfte verboten und gezwungen war, illegal zu wirken. Er begegnete noch Menschen, die zu den Gründern der KPD gehörten; die Mehrheit derjenigen, auf die er in ihren Leitungen traf, gehörten jedoch einer Generation von Kommunisten an, die sich Ende der 20er Jahre Ernst Thälmann angeschlossen und als junge Frauen und Männer im Dritten Reich am illegalen Widerstand teilgenommen hatten. Ungeachtet aller Generationsunterschiede und Parteierfahrungen — sie hatten in ihrem Parteileben viele „Wendungen" erlebt und zwischen ultralinken Positionen und realpolitischen Ansätzen geschwankt —, ungeachtet dessen war ihnen etwas gemeinsam, das von den Ursprüngen ihrer Partei herrührte, in allen fortlebte und von ihnen weitergegeben wurde. Der Historiker Hermann Weber hat in einer Skizze „Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus" auf diese Ursprünge hingewiesen.[9]

Die im Dritten Reich aufgewachsene Generation war in ihrer Mehrheit dem „Nationalsozialismus" erlegen und hatte in Hitler ihren Führer gesehen. Der „Zusammenbruch" war für sie ein Schock. Sie trauten keinen „großen Worten" mehr; kaum jemand wollte von Politik etwas wissen. Die geringe Zahl junger Männer und Frauen, die sich den wieder zugelassenen Parteien, vor allem der SPD und KPD, zuwandten, kamen in der Regel aus Elternhäusern, die dem NS-Regime ablehnend gegenüberstanden. Sie empfanden darum die Ächtung der NS-Weltanschauung durch die Siegermächte nicht als Zerstörung ihres Weltbildes, mußten sich nicht mit dem Mißbrauch ihrer Ideale auseinandersetzen und waren einem demokratischen und antifaschistischen Neuanfang gegenüber aufgeschlossen.

[7] Brief von Reinhard Weigle, Unteroffizier in der Kw.Trsp.Befehlsstelle Danzig, 10.03.1945.

[8] „Rückblicke II", S. 41.

[9] „Bei seiner Gründung stand der deutsche Kommunismus noch ganz in der Tradition der freiheitlichen deutschen Arbeiterbewegung, deren programmatische progressive Ziele er sich zu eigen machte: Frieden, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie und Emanzipation des arbeitenden Menschen." Sie fühlten sich zur Durchsetzung des Fortschritts verpflichtet und wähnten sich im Besitz einer absoluten „historischen Wahrheit". Das erkläre ihr erstaunliches Engagement, ihre Begeisterung, ihre Opferbereitschaft. Die Verfolgungen hatten sie zu „einer verschworenen Gemeinschaft" werden lassen, in denen viele ihre „Heimat" sahen. Ihren Internationalismus führt Weber darauf zurück, daß die Kommunistische Partei als „Gegenbewegung zum Chauvinismus" im und nach dem Ersten Weltkrieg entstanden sei. Die „frühe Identifizierung mit der russischen Revolution und die daraus erwachsende Rußlandgläubigkeit" habe in der Stalin-Ära jedoch dazu geführt, den Internationalismus zur Unterordnung unter die Sowjetunion zu instrumentalisieren. Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Nr.40/1991, S.25 ff.

Welcher der beiden Linksparteien sich ein junger Mensch anschloß, hing sehr häufig mit seinem Elternhaus zusammen. Mein Vater stand der SPD näher als der KPD, einen Sozialdemokraten würde ich ihn dennoch nicht nennen. Wer, wie einer meiner engen Jugendfreunde und dessen Schwester — ich gewann sie beide für die KPD —, einen Nationalsozialisten zum Vater hatte, für den war es schwerer. Ich erhielt in dem Hause des angesehenen Arztes Hausverbot.

Nach meinen Erfahrungen spielte bei der Entscheidung auch eine Rolle, in welchem Maße jemand dem Antikommunismus verhaftet war. Bei den meisten meiner Generation blieb, auch wenn sie sich vom Nationalsozialismus losgesagt hatten, ein starkes Mißtrauen den Kommunisten gegenüber. Ich gehörte jedoch zu jenen, in deren Bewußtsein Antikommunismus vor allem Legitimation eines verbrecherischen Systems und eines mörderischen Krieges war — „von dem der Faschismus so lange gelebt hat, [...] eine Grundtorheit unserer Epoche" (Thomas Mann). Ich reagierte auf diesen Antikommunismus, der sich längst von seinem Gegenstand gelöst hatte, allergisch. Mit ihm war ich für das Schlachtfeld präpariert worden, ihn machte ich dafür verantwortlich, daß ich den Vater und die Heimat verloren hatte, Mutter und Geschwister in Not lebten. Er konnte darum für mich auch nicht Ausgangspunkt kritischer Reflexionen über Kommunismus sein, im Gegenteil: Hinter jeder Kritik am Kommunismus vermutete ich dunkle Ziele.

Auf dem Klingenberg, wo die Kreisleitung im Hause Nr.8/9 residierte, war man schon bald auf den aktiven jungen Mann aufmerksam geworden und hatte ihn zur Lösung von Aufgaben auf Kreisebene herangezogen. Am 1. Juli 1947 übertrug man ihm die Leitung der dreiköpfigen Lokalredaktion des „Norddeutschen Echos", die Am Lindenplatz Nr.1 ein eigenes Büro unterhielt. *Nun verdiente ich zunächst 235 und wenig später 285 Reichsmark. Auch wenn ich damit beträchtlich unter dem Durchschnittsverdienst aller Versicherten lag (370 RM), konnte ich Mutter und Geschwister doch unterstützen.*

In seiner Eigenschaft als Redaktionsleiter kooptierte ihn die Kreisleitung; von nun an nahm er auch an den wöchentlichen Sitzungen ihres Sekretariats teil. Damit kam er in einen Kreis von Genossen, der aus Auseinandersetzungen hervorgegangen war, wie sie 1945/46 allerorten stattgefunden hatten — dem Ringen um die Neuformierung der 1933 geschlagenen Arbeiterbewegung. Bei den unmittelbar nach Kriegsende tonangebenden Lübecker Kommunisten war das Streben nach Gründung einer Einheitspartei bzw. Vereinigung von SPD und KPD stark ausgeprägt. Auch auf sozialdemokratischer Seite gab es einflußreiche Befürworter dieses Weges. Die entschiedene Abgrenzungspolitik Kurt Schumachers mußte sich gegen erhebliche Widerstände durchsetzen. Die führenden Lübecker Kommunisten ihrerseits widersetzten sich hartnäckig der von der Berliner Parteizentrale vorgegebenen Linie. Detlef Siegfried hat diese Auseinandersetzungen dokumentiert.[10] Die Beratungen, an denen der junge Mann nun teilnahm, standen unter Leitung Hein Meyns, des Mannes, der *„von dem auf Berliner*

[10] Detlef Siegfried, Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf", SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992, S.157 ff.

Initiative neugewählten Bezirksvorsitzenden [des Bezirkes Wasserkante, d.V.] *Gustav Gundelach an die Trave geschickt worden [war], um die alte Führungsgruppe auszuwechseln, deren autonomistischer Politikansatz der Parteiführung suspekt geblieben war".*[11] In den Erinnerungen Hein Meyns stellt sich diese Periode so dar: *„Wie schon erwähnt, wurde die Sammlung und Organisierung der Kommunisten durch Illusionen über die Lübecker SPD verzögert. Als man die Lage realistisch einzuschätzen begann, konnte Versäumtes nachgeholt werden. ... Die Mitgliedschaft wuchs im Laufe des Jahres 1946 auf annähernd viertausend Mitglieder an."*[12] Von den Frauen und Männern der „ersten Stunde" gehörten dem Kreissekretariat noch Maria Krollmann (später Klann), Albert Ollrogge und Hans Bringmann an. *Mich beeindruckte es, im Kreis von standhaften Antifaschisten zu sein, die wie Maria Krollmann als zum Tode Verurteilte nur knapp der Hinrichtung entgangen waren, die sich nach vielen Jahren KZ-Haft selbstlos dem Wiederaufbau Deutschlands zur Verfügung stellten, die wie Albert Ollrogge selbst noch Anfang 1945 versucht hatten, in Lübeck einen Aufstand vorzubereiten, um den Krieg zu verkürzen, oder Hans Bringmann, der mit dem Vater und vier Brüdern während zwölfjähriger Verfolgung ungebrochen blieb. Während Maria, von der eine starke Ausstrahlungskraft ausging, und auch ihr Lebensgefährte Erich Klann sich mir freundlich zuwandten, stieß ich bei Albert Ollrogge auf die bei den Widerstandskämpfern verständliche Skepsis gegenüber einem „Hitlerjungen" und Wehrmachtssoldaten, die ich besonders zu spüren bekam, nachdem man mir auf dem Klingenberg in seinem Arbeitszimmer einen Platz zugewiesen hatte. Erst nach und nach gelang es mir, die Barriere einzureißen. Den stärksten Einfluß auf meine frühe Entwicklung als Kommunist nahm jedoch Hein Meyn.*

Jedesmal wenn ich einen Fragebogen zur Kaderüberprüfung ausfüllen mußte, wurde mir bewußt, was mir die älteren Genossen voraus hatten und was von mir in gewissem Sinne wiedergutzumachen war. Die Rubriken, in denen nach Verhaftungen und Verurteilungen, nach Teilnahme an der illegalen Arbeit, KZ- und Lagerhaft gefragt wurde, mußte ich leer lassen. An anderer Stelle hingegen war ich gezwungen zuzugeben, daß ich der „Marine-Hitlerjugend" als Scharführer und einer Truppe angehört hatte, deren Traditionsverband sich noch 1981 rühmte, mehrfach wegen „höchsten Einsatzes" mit dem verpflichtenden Ehrennamen „Sturm-Division" ausgezeichnet worden zu sein.[13] *Wurde nach „Kriegsauszeichnungen" gefragt, glaubte ich, das „Eiserne Kreuz" unterschlagen zu dürfen, da ich die Mitteilung über die Verleihung erst nach einer Verwundung im Genesendenbatallion erhalten und mir die Urkunde nie abgeholt hatte.*

Der junge Mann traf im Kreissekretariat auch auf jüngere Genossen, die sich wie er nicht zu den Widerstandskämpfern rechnen konnten, Karl Carstens und Erich Eltermann zum Beispiel, beides Betriebsräte in großen Lübecker Werken (letzterer trat später zur SPD über und wurde Lübecks 1. Bevollmächtig-

[11] Eine wahrscheinlich zutreffende Zahl, vergleicht man sie mit den Untersuchungen D.Siegfrieds. Ebenda, S. 190.

[12] Mitteilungen an Tim! Se kun'n kene Unmenschen ut uns moken, Niederschrift eines Gespräches mit Hein Meyn, Lübeck 1988, S. 82.

[13] Die 78. Infantrie- und Sturm-Division 1938-1954, Friedberg 1981, S. 153.

ter der IG Metall). 1947/48 ging es auf den Leitungssitzungen vornehmlich um kommunale Politik sowie Fragen der Versorgung und des wirtschaftlichen Aufbaus. Politische Schwärmereien und Revolutionsromantik von Gymnasiasten, die sich der Weltverbesserung verschrieben hatten, waren dort nicht gefragt.

Schon zuvor hatte mir eine Erfahrung geholfen, mich den für die Menschen naheliegenden Dingen zuzuwenden. Als ich zu meiner Mutter in die Sadowastraße zog, war ich mit dem „Kommunistischen Manifest" besser vertraut als mit dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, jenem für die Orientierung der Kommunisten so wichtigen Dokument, in dem von Kommunismus nicht die Rede war. Im Wohnblock Nr. 2 wohnten zahlreiche Arbeiter der Städtischen Müllabfuhr. Sie wollte ich als erste mit der „Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus" vertraut machen; für sie hatten sich Marx und Engels schließlich die Mühe gemacht, ihre Entdeckungen aufzuschreiben, für sie, deren geschichtliche Rolle die beiden großen Denker erkannt und so treffend dargelegt hatten. Doch meine proletarischen Nachbarn begegneten mir wie einem Zeugen Jehovas — auf ihre direkte Art und sich auf keine Diskussion einlassend. Das irritierte mich sehr, und ich fragte mich, was ich wohl falsch machte. Was mir wenig später bei ihnen Ansehen verschaffte, war der Einsatz für etwas weit Geringeres als den Sozialismus. Ein gestandener, sogenannter „einfacher" Genosse, der Maurer Willy Raskowsky, leitete mich dazu an: Als die Hausverwaltung forderte, die Kaninchen abzuschaffen, die sich etliche Mieter zur Aufbesserung ihrer schmalen Rationen auf den Balkonen hielten, riet er mir, eine Versammlung einzuberufen, ein Komitee zu bilden und die Tiere zu verteidigen. Ich tat's, wurde in das Komitee gewählt und künftig ernst genommen. Die Erfahrung erschien mir wichtig genug, um über sie in „Weg und Ziel", einer von Alfred Drögemüller angeleiteten Zeitschrift des Bezirkes Wasserkante, zu berichten. Die Arbeiter hatten mehr zu verlieren als ihre Ketten.

In der Lübecker SPD hatte sich nach dem Berliner „Vereinigungsparteitag" (1946) und der Gründung der SED Kurt Schumachers Linie durchgesetzt; er betrachtete die Kommunisten als *„rot lackierte Nazis"* und Büttel einer *„fremden Macht"*. Die Lübecker Kommunisten ihrerseits folgten inzwischen der Linie ihrer Berliner Parteiführung und versuchten vergeblich, mit den wenigen immer noch am Einheitsgedanken festhaltenden Sozialdemokraten der Entwicklung eine andere Richtung zu geben. Ältere Sozialdemokraten fühlten sich an Erfahrungen in der Weimarer Republik erinnert, an eine „Einheitsfrontpolitik von unten"; sie hatte darin bestanden, mit Hilfe massiver Kritik an der Führung der SPD sozialdemokratische Mitglieder abzuwerben. Die KPD sprach später selbstkritisch von *„Überspitzungen und Fehlern"*.[14] *Ich wurde in einen Lübecker Ausschuß delegiert, der für die Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei auch in den Westzonen warb. An seiner Spitze stand der Sozialdemokrat Robert Schenk, Vorsitzender der Lübecker Verkehrsbetriebe. Der SPD-Vorstand drohte*

[14] KPD 1945/1965, herausgegeben vom ZK der KPD, Berlin 1966, S. 51.

Mitgliedern, die sich an diesen Ausschüssen beteiligen, mit dem Parteiausschluß. Auch die britische Militärregierung griff ein und verbot die „Einheitssauschüsse".

Der junge Mann war an diese Aufgabe ohne Erfahrung herangegangen; an dem nach ihrer gemeinsamen Niederlage von 1933 bei Sozialdemokraten und Kommunisten einsetzenden, von Zweifeln und Rechtfertigungen, Verständigungsversuchen und gegenseitigen Anschuldigungen begleiteten zwölfjährigen Nachdenken hatte er nicht teilgenommen. Er hinterfragte auch nicht das, was seine politischen Lehrer ihm von Erlebtem und Erlittenem berichteten; darunter befand sich ein langes Sündenregister der Sozialdemokratie. Es fing mit dem „Verrat von 1914", der Bewilligung von Kriegskrediten für den Kaiser, an, setzte sich mit der Niederschlagung der revolutionären Arbeiter durch die dem sozialdemokratischen Reichswehrminister, dem „Bluthund" Noske, unterstellten Freikorps und der so 1919 ermöglichten Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs fort; unvergessen war der 1928 bewilligte Panzerkreuzerbau, der 1.Mai 1929, an dem der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, auf Arbeiter schießen ließ, das „feige Zurückweichen" bei der Absetzung der sozialdemokratischen Preußenregierung 1932, die Ablehnung eines Generalstreiks gegen Hitler ein Jahr später... *Konfrontierte ich gleichaltrige Freunde aus früheren Jahren, die sich der SPD zugewandt hatten — Werner Wiechmann etwa, Lokalreporter der sozialdemokratischen „Lübecker Freien Presse — mit diesem Sündenregister, hielten sie mir vor allem aktuelle kommunistische Verfehlungen entgegen, vornehmlich in der „Zone" begangene. Verständigen konnten wir uns auf diese Weise nicht.*

Die Schlüsse, die die Kommunisten im Sommer 1947 aus der Teilnahme von 181 Sozialdemokraten aus Hamburg und Schleswig-Holstein am Bezirksparteitag Wasserkante zogen, waren eine Selbsttäuschung; das Thema Sozialistische Einheitspartei war von der beginnenden Ost-West-Konfrontation und ihren Auswirkungen bereits von der Tagesordnung gesetzt worden. Die Koalition der Siegermächte zerfiel, die in Potsdam vereinbarte gemeinsame Deutschlandpolitik wurde gegenstandslos; auf der Moskauer Außenministerkonferenz der Sieger war keine Einigung über die deutschen Fragen mehr möglich. Unter Hinweis auf die Vorgänge im sowjetischen Machtbereich setzten sich in den USA die Kräfte durch, die den Kommunismus „eindämmen" oder „zurückrollen" wollten. Präsident Harry S. Truman sagte im März 1947 allen von einem totalitären Umsturz bedrohten Ländern militärische und wirtschaftliche Hilfe zu (Truman-Doktrin). Die in Jalta zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill vereinbarte Aufteilung der Welt sollte nicht mehr gelten: *„Die Welt ist nicht statisch und der Status quo nicht unantastbar."* (H. S. Truman)[15] Die Führer der noch unter den Kriegsfolgen schwerleidenden UdSSR fürchteten, um die Früchte des Sieges gebracht zu werden, und sammelten ihre Kräfte. Im September 1947 wurde in Warschau das Kommunistische Informationsbüro [Kominform] gegründet — *„mit dem Ziel, den ideologischen Einfluß*

[15] zit.nach Chronik des 20. Jahrhunderts, Braunschweig 1982, S. 693.

der KPdSU zu vermitteln und zur Stützung des sowjetischen Hegemonialsystems zu nutzen."[16] Dabei setzte der ZK-Sekretär der KPdSU, A. A. Shdanow, Präsident Trumans These, wonach die Nationen zwischen zwei Lebensformen zu wählen hätten — einer freien und einer auf „Terror und Unterdrückung" beruhenden — eine fortan für alle Kommunisten verbindliche „Zwei-Lager-Theorie" entgegen.

Von nun an arbeitet dem Feinde zu, wer Zweifel an der Parteilinie äußert, wechselt ins „imperialistische Lager", wer sie kritisiert. Umgekehrt gerät auf seiten der Freiheit in Verdacht, ein verkappter Kommunist zu sein, wer die offizielle Politik in Frage stellt. Jeder politisch Engagierte wird der im Kalten Krieg typischen Nötigung ausgesetzt: Er muß sich für die eine oder andere Seite entscheiden, zwischen den Fronten läßt sich keine Politik machen, dort bleibt man bedeutungslos, wird zerrieben.

Hatte man sich für die eine oder andere Seite entschieden, verdrängte man aufkommende Zweifel an der eigenen Sache, gab sich mit Erklärungen zufrieden, die sie zudeckten. Ein frühes Beispiel: Nachdem ich in einem sowjetischen Stalingrad-Roman von zwei Küchen in der Roten Armee — einer für Offiziere und einer für Mannschaften — gelesen hatte, erklärte ich Hein Meyn, daß ich das nicht in Ordnung fände. Er zog mir den Stachel: In der Roten Armee könne jeder Offizier werden, der sich als tüchtig genug erweise; die bessere Küche sei kein unverdientes Privileg einer Klasse, sondern eine gesellschaftliche Anerkennung größerer Mühe und Verantwortung.

Um sehr viel ernstere Fragen ging es in Ost- und Südosteuropa. In den Staaten des „sozialistischen Lagers" regte sich Widerstand gegen sowjetische Eingriffe. Es gelang Stalin, die kommunistischen Führungen zu disziplinieren, indem er Kritiker mit Hilfe der sowjetischen geheimen Staatspolizei MWD (Ministerstwo Wnutrennich Djel) als Spione anklagen, in Schauprozessen zum Tode verurteilen und hinrichten ließ — mit einer Ausnahme: Jugoslawiens legendärer Partisanenführer, inzwischen Staatschef, Josip Broz Tito behauptete sich gegen Stalin und führte sein Land aus dem „sozialistischen Lager" heraus. Das *Kominform* schloß die KPJ im Juni 1948 aus, was in der kommunistischen Weltbewegung einer Exkommunikation gleichkam, nach der alle Gläubigen die Verdammung ausdrücklich billigen und jeder Sympathie für den Geächteten abschwören müssen.

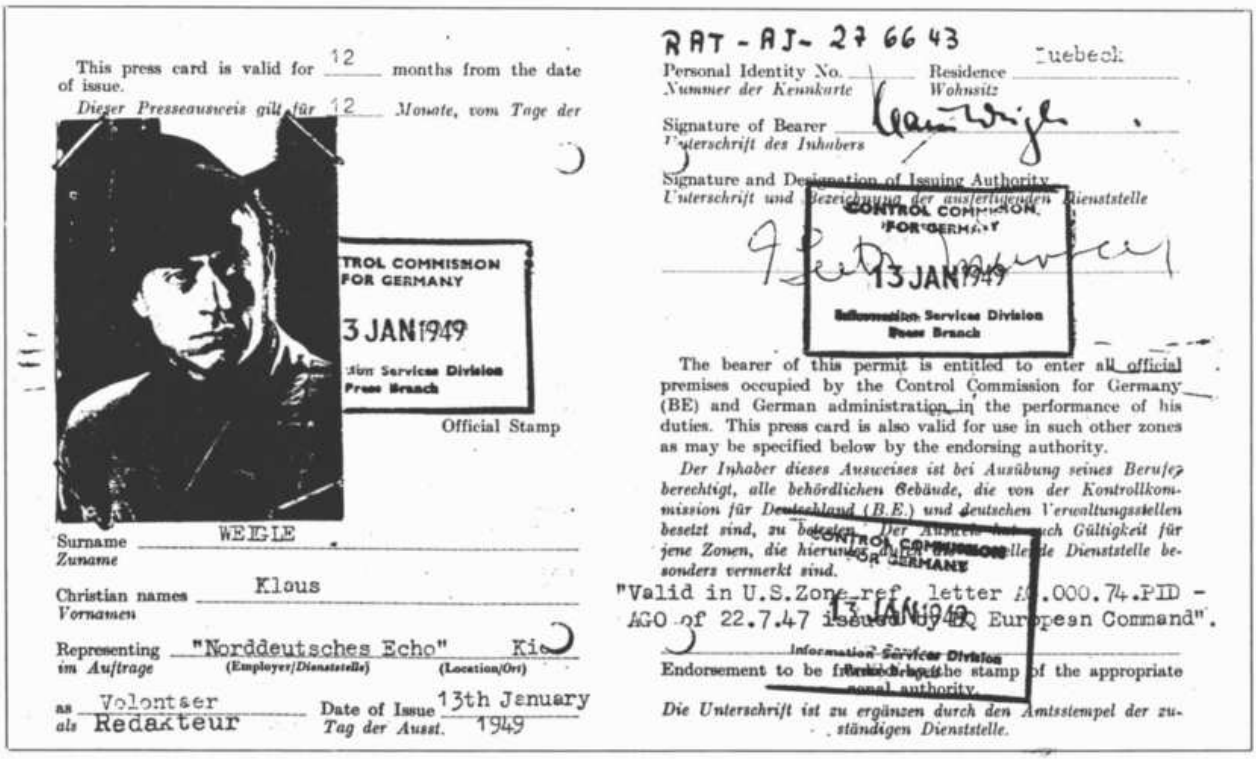
In den kommunistischen Parteien des Westens begann der Kampf gegen den „Titoismus". Auch in der KPD setzte ein Prozeß ein, der zu Parteiausschlüssen, Funktionsverboten und einem Kaderwechsel in den Leitungen führte. Den älteren Kommunisten waren diese innerparteilichen Kämpfe nichts unbekanntes, sie hatten Ende der 30er Jahre an ihnen teilgenommen, etliche waren damals wegen der verschiedensten „Abweichungen" gemaßregelt oder ausgeschlossen worden. Sie kannten die „Spielregeln" und hatten sich , soweit sie Ende der 20er Jahre die „Bolschewisierung der Partei" durchsetzen halfen, ihrer selbst bedient. Anders der junge Mann und seinesglei-

[16] Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, edition suhrkamp, Ffm.1965, S. 166.

chen: Für sie war es die erste große innerparteiliche Auseinandersetzung, in der sie Stellung beziehen mußten.

Die im fernen Moskau gefaßten einsamen Entschlüsse des *„genialsten Steuermanns der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt“*, wie J. W. Stalin in einem späteren Grußtelegramm der KPD tituliert wird,[17] schlugen sich an der Kieler Förde in einer Auseinandersetzung nieder, die als „Latzke-Affäre“ in die Parteigeschichte einging. Der junge Mann erlebte sie mit, seit er im Februar 1949 in die Hauptredaktion des „Norddeutschen Echos“ berufen worden war, die ihren Sitz in Kiel, Lerchenstraße Nr.4 hatte. Im gleichen Hause arbeitete auch das Sekretariat der KPD-Landesleitung. *Ich hatte es in der Redaktion nicht leicht; weniger, weil ich jung an Jahren und beruflich wenig erfahren war, sondern vielmehr darum, weil der stellvertretende Chefredakteur Josef Weiß in mir jemanden sah, den das Landessekretariat in die Hauptredaktion geschickt hatte, um das Kräfteverhältnis in der Redaktion zu seinen Ungunsten zu verschieben. In der Auseinandersetzung zwischen ihm und Gleichgesonnenen auf der einen und dem Landessekretariat auf der anderen Seite ging es zumindest vordergründig um den Charakter der Zeitung. Weiß plädierte für eine „Volkszeitung“, in der auch Meinungen zum Ausdruck kommen sollten, die nicht der „Parteilinie“ entsprachen. Abgesehen von Erich Meyer, dem Chefredakteur, schien er die ganze Redaktion hinter sich zu haben. Erich Meyer war auch der einzige, der sich meiner annahm, ansonsten war ich in der Arbeit harter, wenig wohlwollender Kritik ausgesetzt.*

Von der Control Commission for Germany (BE), Berlin, ausgestellter Presseausweis, der dem Inhaber bescheinigt, daß er den „beglaubigten Berichterstattern der Weltpresse“ gleichgestellt ist.


This press card is valid for 12 months from the date of issue.
Dieser Presseausweis gilt für 12 Monate, vom Tage der

TROL COMMISSION FOR GERMANY
3 JAN 1949
Information Services Division
Press Branch
Official Stamp

Surname / *Zuname* WEIGLE
Christian names / *Vornamen* Klaus
Representing / *im Auftrage* "Norddeutsches Echo" (Employer/*Dienststelle*) Kiel (Location/*Ort*)
as / *als* Volontaer Redakteur
Date of Issue / *Tag der Ausst.* 13th January 1949

RAT - AJ - 27 66 43
Personal Identity No. / *Nummer der Kennkarte*
Residence / *Wohnsitz* Luebeck
Signature of Bearer / *Unterschrift des Inhabers*
Signature and Designation of Issuing Authority / *Unterschrift und Bezeichnung der ausfertigenden Dienststelle*
CONTROL COMMISSION FOR GERMANY
13 JAN 1949
Information Services Division
Press Branch

The bearer of this permit is entitled to enter all official premises occupied by the Control Commission for Germany (BE) and German administration in the performance of his duties. This press card is also valid for use in such other zones as may be specified below by the endorsing authority.
Der Inhaber dieses Ausweises ist bei Ausübung seines Berufes berechtigt, alle behördlichen Gebäude, die von der Kontrollkommission für Deutschland (B.E.) und deutschen Verwaltungsstellen besetzt sind, zu betreten. Der Ausweis hat auch Gültigkeit für jene Zonen, die hierunter durch die zuständige Dienststelle besonders vermerkt sind.
CONTROL COMMISSION FOR GERMANY
"Valid in U.S.Zone ref. letter AG.000.74.PID - AGO of 22.7.47 issued by HQ European Command".
13 JAN 1949
Information Services Division
Endorsement to be [illegible] the stamp of the appropriate [illegible] authority.
Die Unterschrift ist zu ergänzen durch den Amtsstempel der zuständigen Dienststelle.

Inzwischen gab es in Deutschland zwei Währungen, in Herrenchiemsee arbeitete ein Parlamentarischer Rat die Verfassung für eine vorerst nur die Westzonen umfassenden Bundes-

[17] Norddeutsches Echo, Kiel, 21. 12. 1950, S. 1.

republik aus, am 14. August 1949 sollte der erste Deutsche Bundestag gewählt werden. Der Wahlaufruf der KPD begann mit dem Satz: *„Unser Volk und unser Vaterland sind in größter Gefahr. Die Grundlagen unseres staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sind bedroht. Ein zerstückeltes und militärisch besetztes Deutschland, ein Deutschland ohne Friedensvertrag ist nicht lebensfähig, ist ein Deutschland ohne Hoffnung und ohne Zukunft.“* Die Partei ruft *„zur Schaffung einer nationalen Front aller Deutschen auf“. „Wer Deutschland liebt, muß für die Kommunisten stimmen, für die Partei Max Reimanns, des großen nationalen Vorkämpfers des deutschen Volkes.“*[18]

Das vermag die übergroße Mehrheit der Bundesbürger bei aller Liebe zu Deutschland nicht einzusehen. Nur 1,3 Millionen Wähler entscheiden sich für die Partei Max Reimanns, das entspricht 5,7 Prozent der gültigen Stimmen. In Schleswig-Holstein setzen nur 3,1 Prozent auf die KPD, im April 1947 waren es noch 4,7 Prozent gewesen. *Ich hingegen war nicht nur von der beschworenen Gefahr überzeugt, ich fühlte mich auch persönlich mitverantwortlich, Volk und Vaterland zu retten, meinte, dafür als Kommunist eine besondere Verantwortung zu tragen und mich nicht schonen zu dürfen. Hatte ich im ersten Wahlkampf, in dem ich als Redner eingesetzt war — den Landtagswahlen 1947 —, noch den Auftrag gehabt, als ehemaliger Danziger in Flüchtlingslagern über die Forderungen der KPD zum „Lastenausgleich“ zu sprechen, hatte es diesmal gegolten, das nationale Gewissen aufzurütteln und meine Landsleute für den gemeinsamen Widerstand gegen die westlichen Besatzungsmächte und ihre politischen Handlungsgehilfen aufzurufen. Nun fragte ich mich, warum dieser Patriotismus keine Anerkennung fand.*

Die „nationale Politik“ der KPD entsprach den außenpolitischen Intentionen der kriegsgeschwächten UdSSR, die sich von einem neutralen Deutschland in der Mitte Europas größere Sicherheit versprach. Diesem Ziel dienten ihre Vorschläge, die Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens zu wahren, förmlich Frieden zu schließen (Friedensvertrag), die Besatzungstruppen aus ganz Deutschland abzuziehen und, wie sie später hinzusetzte, den Deutschen eine zu ihrer Verteidigung notwendige Armee zuzubilligen. Schließlich stellten auch wir der Westintegration die Aussicht auf eine „friedliche Großmacht im Herzen Europas“ entgegen. Für die UdSSR hatte ihr Sicherheitsbedürfnis auch Vorrang gegenüber der Erhaltung der ersten „Arbeiter- und Bauernmacht“ auf deutschem Boden; sie war bereit, diese bei gesamtdeutschen freien Wahlen preiszugeben. Ich sah keinen Widerspruch zwischen den „sowjetischen Vorgaben“ und den Interessen Deutschlands. Ein ungeteiltes Deutschland in der Rolle eines Vermittlers zwischen Ost und West lag mir ebenso nahe wie die Verhinderung einer dritten militärischen Intervention gegen die sozialistische Sowjetunion.[19]

Die KPdSU glaubte, mit ihren Vorschlägen die patriotischen Gefühle einer genügend großen Mehrheit der Deutschen anzu-

[18] KPD 1945-1968 Dokumente, Neuss 1989, S. 285 ff.

[19] „Der deutsche Kommunismus war während der 70 Jahre seiner Existenz von zwei Faktoren determiniert; erstens von den Vorgaben des Weltkommunismus, insbesondere der Sowjetunion, zweitens von der Politik und Realität in Deutschland mit ihren unterschiedlichen Perioden wie Weimarer Republik, NS-Regime und den beiden deutschen Teilstaaten ab 1949.“ Hermann Weber, wie Anm.9, S.25.

sprechen, und erwartete von der KPD, daß sie diese Mehrheit gegen die Bildung eines „westdeutschen Separatstaates" und seine „Remilitarisierung", gegen die Einbindung in die NATO und die fortdauernde Stationierung ausländischer Truppen mobilisierte. Um diese Aufgabe besser erfüllen zu können, versuchte die KPD, sich 1948 von ihrem Namen zu trennen; die Absicht, sich in „Sozialistische Volkspartei Deutschlands" umzubenennen, scheiterte jedoch an dem Einspruch der Militärregierung. *Sie kam mir in diesem Falle entgegen, hatte ich mich doch in der Lübecker Kreisleitung ebenfalls gegen eine Namensänderung ausgesprochen. Jung wie ich war, lagen mir taktische Überlegungen fern. Für mich verband sich mit dem Kürzel KPD eine heroische Geschichte, in der ich fortleben wollte. Wer würde mich schon mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann in Verbindung bringen, wenn ich mich als „SVD-Mitglied" vorstellte?*

Die Verdienstbescheinigung trägt im Briefkopf die von der Militärregierung verbotenen Namen, den die KPD anstelle ihres bisherigen Namens annehmen wollte.

LANDESVORSTAND
DER KPD.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE SOZIALISTISCHE VOLKSPARTEI DEUTSCHLANDS

Abteilung: Geschäftsführung.

(24b) KIEL, den 7. Februar 1951
Lerchenstr. 4
Tel. 5563/65

Verdienstbescheinigung.
-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Wir bescheinigen hiermit Herrn Klaus W e i g l e , Kiel, Lantziusstr. 39, daß er bei uns seit dem 1. Mai 1950 als Sekretär beschäftigt ist und ein monatliches Brutto-Einkommen von

DM 352,00
==========

bezieht.

Landesvorstand der KPD
Schleswig-Holstein
– Geschäftsführung –

Max Tandler, DF 101, Kiel — 864/10000, 9.47, Kl. A

Unsere Versammlungen waren im ersten Bundestagwahlkampf in der Regel sehr viel besser besucht als die anderer Parteien. Auch wenn wir oft auf heftigen Widerspruch von Besuchern stießen — Hauptstreitpunkte waren vor allem die Oder-Neiße-Grenze und die anhaltende sowjetische Kriegsgefangenschaft hunderttausender deutscher Soldaten —, machten wir

uns doch Hoffnungen auf ein gutes Stimmenergebnis. Als es anders als erwartet ausfiel, lag nach meinen Erfahrungen auch für mich der Schluß nahe, daß unser Ansehen unter der kritiklosen Hinnahme oder gar Rechtfertigung aller Erscheinungen des „Klassenkampfes" in der DDR und den ost- und südosteuropäischen Ländern litt. Doch bevor wir in dieser Richtung weiterdenken konnten, gab die Parteispitze die Ursachen des für die KPD enttäuschenden Wahlausgangs verbindlich bekannt.

Statt das Bewußtsein der Menschen und die Kräfteverhältnisse real einzuschätzen, sprach Max Reimann einen Tag nach der ersten Bundestagswahl (1949) von *„objektiv günstigen Bedingungen"*, die sich im Stimmergebnis nicht niedergeschlagen hätten. Für das enttäuschende Abschneiden der KPD machte er *„subjektive Faktoren"* verantwortlich: so vor allem Unklarheiten in der *„nationalen Politik, kleinbürgerliche und auch sektiererische Auffassungen"* und ein Zurückweichen vor der *„Antikommunistenhetze"* als Folge *„ideologischer Schwächen"*. Er sah in der Partei *„feindliche Kräfte"* wirken, die aufzuspüren, zu entlarven und zu entfernen waren.

Albin Stobwasser — er hatte die auf der Gründungskonferenz der Landesorganisation 1948 gewählte Vorsitzende Gertrud Rast abgelöst — machte seinen Genossen dennoch Mut: *„Die Gegner haben ihr Ziel, die Partei durch Verbote, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Terror zu zermürben, nicht nur nicht erreicht, sondern im Zusammenhang mit den in den vergangenen Monaten durchgeführten Aufklärungsarbeiten wurden eine weitere Festigung der Mitgliedschaft und höhere Tatbereitschaft erzielt"*, die Kommunistische Partei habe sich tapfer geschlagen.[20] Die Kaderabteilung wies er an, den Gen. K. W. Anfang Oktober für drei Monate auf die Parteischule „Wilhelm Florin" in Heidenoldendorf bei Detmold zu schicken. *Ich hatte schon einmal eine Parteischule besuchen sollen. Otto Grotewohl, der auf mich durch seinen mit mir privat befreundeten Sohn aufmerksam wurde, hatte mir Anfang 1947 bei einem Besuch in Berlin angeboten, mich auf die SED-Parteihochschule „Karl Marx" in Liebenwalde zu schicken. Als ich mich jedoch bei meinen Genossen in Lübeck abmelden wollte, erklärte mir Hein Meyn, daß der Genosse Grotewohl für mich nicht zuständig sei. Ich sagte erst ab, nachdem auch der Kaderleiter des Bezirks Wasserkante Willi Willendorf mir das bestätigt und zugleich erklärt hatte, daß der Genosse Grotewohl als Sozialdemokrat nicht wissen könne, wie so etwas in der KPD gehandhabt werde. Sowohl H. Meyn als auch W. Willendorf hatten das Selbstbewußtsein gestandener Kommunisten. Ich meinerseits klärte nach dieser Entscheidung den Sozialdemokraten auf. Der gebildete Mann hatte mir in Rudolf Hilferdings „Finanzkapital" eine Widmung hineingeschrieben, die mich vermuten läßt, daß ihn meine jugendliche Anmaßung nicht überraschte: „Jugend ist kein Vorzug, sondern eine Verpflichtung."*

Mit dem Gen. K. W. waren zwei weitere junge Kader aus Schleswig-Holstein — der NE-Redakteur Walter Medler, im Zweiten Weltkrieg wiederholt „abgesoffner" U-Boot-Fahrer,

[20] Norddeutsches Echo, 23.08.1949.

und Hans Motzner, Landessekretär für Jugendfragen — zur Schule delegiert worden. *Was wir nicht erkannten, infolge unserer Unerfahrenheit und mangels Wissens auch nicht erkennen konnten, war dies: Uns wurde ein Marxismus vermittelt, der, wie Werner Hofmann formuliert, „zu einem inhaltlich fixierten und verwalteten System aufgeschatzter und formelhaft weitergegebener Lehrsätze erstarrt"* war.[21] Das uns so einleuchtend erscheinende, in sich geschlossene, keine Frage offenlassende Weltbild engte unsere Sicht ein. Ein wesentlich aus der Ökonomie begründeter historischer Determinismus begründete einen „gesetzmäßigen" und voraussehbaren Ablauf der Geschichte. Diese Vorstellung machte uns blind gegenüber anderen gesellschaftlichen Faktoren und historischen Möglichkeiten und unduldsam gegenüber jeder anderen Sichtweise. Wir sahen den Imperialismus in seinem „letzten Stadium". Die fortschreitenden Vergesellschaftungsprozesse deuteten wir als „Vorstufe" des Sozialismus. Das Ende des Kapitalismus schien uns nahe. Die ihm tatsächlich innewohnenden Potenzen, seine Flexibilität und Möglichkeiten lagen außerhalb der „Entwicklungsgesetze", an die wir glaubten. Was noch vor dem qualitativen Sprung in eine neue Ordnung lag, das konnten nur weitere soziale und politische Katastrophen sein, wie sie die erste Hälfte unseres Jahrhunderts kennzeichneten. Im Selbstlauf würde sich der Fortschritt dennoch nicht vollenden. Der Arbeiterklasse fiel die „historische Mission" zu, ihn zu befördern und dem Kreislauf von Krisen und Kriegen ein Ende zu setzen. Unsere Aufgabe war, sie dafür zu rüsten und zu führen. Ein harter Kampf stand bevor. Von unseren Gegnern durften wir kein Pardon erwarten, sie gingen mit Kommunisten nicht zimperlich um — die Alten hatten dies am eigenen Leib erfahren. Die Partei mußte darum entsprechend verfaßt sein; eiserne Disziplin und äußerste Geschlossenheit waren unerläßlich. Die Lehren der ersten siegreichen Partei — diese Forderung zog sich durch alle Grundsatzreferate und Dokumente — mußte studiert und auch beherzigt werden. Sie wurden in einem 1938 vom Zentralkomitee der KPdSU gebilligten „Kurzen Lehrgang" vermittelt, in dessen Einleitung das Wachsen und Erstarken der sowjetischen Partei als Ergebnis eines „prinzipiellen Kampfes" gegen alle „menschewistischen, opportunistischen Strömungen, gegen Trotzkisten, Bucharinleute, Vertreter nationalistischer Abweichungen und andere antileninistische Gruppen" bezeichnet wird.[22]

Dieses Weltbild erklärt auch, warum Menschen, die eher zum Abwägen, zum Ausgleich und zur Toleranz neigten, zu „Kämpfern" wurden und Zweifel und Skrupel „um der guten Sache willen" zurückstellten, mehr noch: warum selbst die meisten der Gemaßregelten und Verfemten, auf Absolution hoffend, der Bewegung die Treue hielten. Selbst ihnen schien eine „Partei neuen Typus"[23] *als Voraussetzung des Sieges notwendig, wie sie W. I. Lenin unter und für Bedingungen der zaristischen Selbstherrschaft entwickelt hatte. Ich war von Haus aus kein auf Streit angelegter Mensch, neigte vielmehr dazu, zu vermitteln und mich über das Nächstnotwendige zu verständi-*

[21] 19 Werner Hofmann, Was ist Stalinismus?, Heilborn 1984, S. 65.

[22] Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Berlin 1945, S. 3.

[23] Vgl. Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1966, S. 177 ff.

gen, statt Prinzipien zu verfechten; und obwohl mir das bei der Verwirklichung der „Parteilinie" letztlich half und bei den Mitgliedern Sympathien einbrachte, empfand ich es als Makel, was der von mir geachtete Hein Meyn mir immer wieder vorwarf: Ich sei „konfliktscheu".

Das Leninsche Parteimodell war später auf die Machtbehauptung der jungen, ums Überleben kämpfenden Sowjetmacht zugeschnitten und schließlich unter Stalin zu einem despotischen Herrschaftsinstrument entwickelt worden. Es ermöglichte nicht nur Verbrechen an den Völkern der einstigen Sowjetunion und der kommunistischen Bewegung, deren ganzes Ausmaß erst sehr viel später bekannt wurde, es trug auch ganz wesentlich zum Scheitern des ersten Versuches bei, der heute wieder allein dominierenden Ordnung eine Alternative entgegenzusetzen. Indem die so begriffenen und strukturierten Parteien dort, wo sie über die Macht verfügten, die ursprünglich schöpferische, auf Weltveränderung gerichtete Philosophie in ein Dogma zur Machtlegitimation verwandelten, die „Massen" entmündigten und die Entfremdung auf die Spitze trieben, einen ausufernden Überwachungsapparat und eine Kommandowirtschaft etablierten, die schließlich auf ihre Grenzen stieß und im Wettbewerb unterlag, desavouierten ihre politisch-moralisch degenerierten Führer das, was, wie Hermann Weber schreibt, *„die Kommunisten einmal übernommen und radikal ausgeprägt hatten": „das traditionelle Streben nach sozialer Gerechtigkeit, nach Überwindung der Klassengesellschaft."*[24] Sie deformierten Partei und Klasse dabei soweit, daß eine Rückbesinnung auf die Ursprünge der kommunistischen Bewegung und eine Erneuerung nicht möglich waren.

Diese Erfahrung lag für die drei jungen Kommunisten aus Schleswig-Holstein, die in Heidenoldendorf den „Marxismus-Leninismus" büffelten, noch in weiter Ferne. Erst einmal hörten sie zusammen mit knapp fünfzig anderen Lehrgangsteilnehmern die Vorlesungen der beiden ständigen Lehrer und anreisender Gastreferenten, trieben Selbststudien und diskutierten den Stoff in Seminaren. Die Diskussionen standen, was die praktische Anwendung des erworbenen Wissens betraf, ganz im Zeichen der 13. Parteivorstandssitzung.

Was derweil in Kiel geschah, erfuhren die drei Parteischüler durch das Norddeutsche Echo. Dort spitzten sich die Auseinandersetzungen zu. *Was für alle Genossen zur Pflichtlektüre erhoben wurde, war auch für mich und meine Mitschüler in Heidenoldendorf Gegenstand einer gründlichen Diskussion: Ein, mit der Zeile „Besteht die Gefahr des Titoismus in der KPD?" überschriebener, in allen Zeitungen der Partei veröffentlichter Brief des stellvertretenden Parteivorsitzenden Kurt Müller an einen Hamburger Genossen.* In der KPD, so ist dem Brief zu entnehmen, gäbe es zahlreiche Stimmen, *„die für den Wahlausgang nicht die eigenen Fehler und Schwächen der Partei, sondern die Politik der KPdSU verantwortlich machen".* Kurt Müller verwies darauf, daß Genossen mit solchen Auffassungen in der Vergangenheit letztlich *„im Lager des amerikanischen Imperialismus"* gelandet wären, und fragte

[24] H.Weber, wie Anm.9, S. 35.

sich, wo die im *„Sumpf des Titoismus"* sitzenden Zweifler enden werden, *„wenn sie ihre Fehler nicht korrigieren"*.[25] Ähnlich die Klage Albin Stobwassers auf einer Parteiarbeiterkonferenz am 1./2.Oktober 1949 in Lübeck: *„Die Erkenntnis der Rolle der Sowjetunion ist nicht Gemeingut unserer Partei. Viele unserer Mitglieder begreifen nicht, daß der Kampf der Sowjetunion auch der Kampf für die Lebensinteressen Deutschlands ist."*[26]

Wir drei Schleswig-Holsteiner befaßten uns auf der Wilhelm-Florin-Schule mit der Lage in unserer Landesorganisation. *„Im Laufe der durchgeführten Diskussionen wurde täglich klarer, wie ernst die Lage der Partei in Schleswig-Holstein ist"*, erfuhren wir aus einer im Norddeutschen Echo veröffentlichten Erklärung des Landessekretariats. Wir bedauerten, in diesen, wie uns schien, so entscheidenden Tagen, nicht in Kiel zu sein, und nahmen zu den Informationen, die uns erreichten, in einem gemeinsamen kritischen Brief an die Landesleitung Stellung.

Eine entscheidende Rolle bei der ideologischen Klärung maß das Sekretariat einer Bereinigung der Verhältnisse in der Redaktion des Norddeutschen Echos zu, über die es in einer Entschließung hieß, daß in ihr *„Argumente, die der Klassenfeind zum Zweck der Zersetzung und ideologischen Verwirrung planmäßig propagiert, zur Grundlage endloser Diskussionen gemacht"* würden. Für diese Diversion sei vor allem der stellvertretende Chefredakteur Josef Weiß verantwortlich. Gleichzeitig wurden ein *„noch konkreterer Plan zur Durchführung des ideologischen Kampfes"* angekündigt und eine weitere Parteiarbeiterkonferenz zum 3. und 4. Dezember einberufen — nicht zufällig wiederum nach Lübeck, wie der Verlauf der Ereignisse noch zeigen sollte.[27] Noch vor der Konferenz berichtete das Sekretariat des Landesvorstandes über seine *„Fehler"* und *„erste Maßnahmen"* zu ihrer Überwindung. Und wieder ging es an erster Stelle um die Redaktion des Norddeutschen Echos. Die von Albin Stobwasser — nach Absprache mit der Parteispitze, wie man annehmen kann — zur Chefredakteurin ernannte Gertrud Rast ersetzte den zu „weichen" Erich Meyer. Josef Weiß war zwar inzwischen „entlarvt" und aus der Redaktion entfernt worden, aber zu spät, wie Gertrud Rast in einer Selbstkritik einräumte. Als eigene Schuld bekannte sie, *„mit meinen Fehlern als Chefredakteurin, die Gefahr des Titoismus in der eigenen Redaktion nicht erkannt und dadurch das Eindringen parteifeindlicher Kräfte und Ideologien geduldet zu haben."* Sie versprach, in Zukunft nur noch Diskussionen zuzulassen, *„die vom marxistisch-leninistischen Standpunkt unsere Stellungnahme zu allen Problemen erarbeiten"*. Es waren noch weitere Redakteure entlassen worden — jedoch, wie das Sekretariat kritisch anmerkt, *„ohne über die politischen Gründe dieser Veränderungen eine breite Diskussion in der Partei herbeizuführen."*[28]

Als ich in der ersten Dezemberhälfte aus Heidenoldendorf zurückkehrte, finde ich eine völlig veränderte Redaktion vor, deren Mitglieder mit Ausnahme von Gertrud Rast alle meiner Generation angehören. Das Sekretariat des Landesvorstandes

[25] Norddeutsches Echo, Eine Antwort an den Genossen Hans Höcker, Hamburg, von Kurt Müller, 22.09.1949.

[26] Norddeutsches Echo, 4.10.1949, S. 2 „Bezwingt die Reaktion in Schleswig Holstein".

[27] Norddeutsches Echo, 19.11.49 .

[28] Norddeutsches Echo, 26.11.1949.

bestimmt mich zum stellvertretenden Chefredakteur. Mit der neuen Redaktion und ihrer Chefin waren alle Voraussetzungen geschaffen, um der Forderung nachzukommen, die Max Reimann auf der 14. Parteivorstandssitzung Ende Dezember 1949 kategorisch formulierte: „Unsere Zeitungen müssen von der ersten bis zur letzten Zeile ... die Ideologie und Politik unserer Partei entwickeln." Ich war kaum da, als sich die Auseinandersetzungen in der Kieler Kreisorganisation dramatisch zuspitzten.

Auf der schleswig-holsteinschen Parteikonferenz am 3. und 4. Dezember waren die schon lange schwelenden Differenzen — laut Reimann hatte der Parteivorstand *„schon 1948 eine Bereinigung der Verhältnisse in Kiel verlangt"* — zwischen dem Vorsitzenden der Kieler Partei, Fritz Latzke, und dem Landessekretariat erstmals offen zur Sprache gebracht worden. Fritz Latzke hatte in der Diskussion noch davon gesprochen, Material über die *„Methoden der Parteifeinde"* verfassen zu wollen, doch der neue Verlagsleiter des Norddeutschen Echo, Hans Karl, beschuldigte ihn, einen der Parteifeinde faktisch zu dekken, und machte ihn für die in der Kieler Organisation verbreitete *„Stimmung gegen den Landesvorstand"* verantwortlich.[29] Vier Tage später, am 8. Dezember, schloß das Sekretariat des Landesvorstandes Fritz Latzke und sechs weitere Kieler Parteifunktionäre mit sofortiger Wirkung aus. In der Begründung heißt es, sie hätten seit längerer Zeit Verbindung zu Agenten der trotzkistischen Reichsleitung und zu der von Brandler geführten Gruppe. Der gesamte Kreisvorstand wurde seiner Funktion entbunden. *„Mit der vorläufigen Geschäftsführung im Kreis Kiel werden die Genossen Hein Meyn aus Lübeck und Hans Motzner vom Landesvorstand Schleswig-Holstein beauftragt."*[30] Diese Entscheidung traf die Kieler Organisation völlig unvorbereitet, seine Zulässigkeit wurde von vielen Mitgliedern in Frage gestellt. Albin Stobwasser rechtfertigte am 10. Dezember auf einer Zusammenkunft von Kieler Parteiarbeitern den Beschluß damit, daß *„jedes weitere Zögern ein Verbrechen an der Partei gewesen"* wäre. Der an die Förde entsandte Vertreter des Parteivorstandes Arno Freiberg bestätigte, *„daß die vom Landessekretariat gefaßten Beschlüsse in voller Übereinstimmung stehen mit den Organisationsprinzipien unserer Partei, die auf dem demokratischen Zentralismus beruhen."* Das Norddeutsche Echo überschreibt seinen Bericht mit *„Ein Wendepunkt in der Kieler Parteiorganisation"*. Die Teilnehmer hätten trotz ihrer persönlichen Gefühle und Empfindungen — die nur *„erneut das noch schwache politische Bewußtsein dieser Funktionäre bewiesen"* hätten — die *„Partei über die Person"* gestellt und sich für eine Fortsetzung ihrer Parteiarbeit ausgesprochen.

Durch die neu formierte Redaktion des Norddeutschen Echos wurde sichergestellt, daß die Zeitung in diesen Auseinandersetzungen ihrer Rolle als *„kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator"* (W. I. Lenin) gerecht wird. Daß die KPD ihre innerparteilichen Auseinandersetzungen vor der Öffentlichkeit preisgab, stieß in der Mitgliedschaft auf Kritik.

[29] Norddeutsches Echo, 8.12.49
[30] Norddeutsches Echo, 11./12.12.49

Der kommissarische Kieler Kreisvorsitzende Hein Meyn trat ihr entgegen: Die Partei als *„organisierte Abteilung der Arbeiterklasse"* dürfe vor der Arbeiterklasse *„keine Geheimnisse"* haben, andernfalls laufe sie Gefahr, die Verbindung zu den Massen zu verlieren. *„Das ganze Volk hat ein Recht zu wissen, was in der Kampfpartei der Arbeiterklasse vorgeht."*[31]

Zu dieser Zeit muß die Parteispitze unter massiven Druck der SED und KPdSU gestanden haben; nur so erklärt sich die Forcierung des Kampfes gegen alle „Parteifeinde", vor allem gegen die „Titoisten". Ausdruck dafür war die Rede Max Reimanns auf der 14. Parteivorstandssitzung am 28.-30. Dezember 1949, auf der er es als einen der größten Fehler der Führung bezeichnete, *„nicht mit aller Schärfe in unserer Parteiarbeit die Lehren aus der Entwicklung in Jugoslawien"* gezogen zu haben — dies obwohl man bereits auf der 6. Tagung (Oktober 1948) auf die Bedeutung der entsprechenden *Kominform*-Erklärung hingewiesen habe. Er zitierte Gheorghui Dej, der auf einer *Kominform*-Tagung den *„Kampf gegen Titos Clique besoldeter Spione und Mörder"* als eine internationale Aufgabe aller kommunistischen und Arbeiterparteien bezeichnet hatte. Um die Lösung dieser und anderer Aufgaben der Partei zu gewährleisten, sollten Neuwahlen der Partei vorbereitet werden.

Das schleswig-holsteinische Landessekretariat wollte am 14. Januar 1950 auf einer Generalversammlung der Kieler Kreisorganisation die Beschlüsse der 14. Parteivorstandstagung erläutern und die Mitglieder über *„die Agententätigkeit Latzkes und Konsorten"* aufklären. Am Vortag hatten sich 28 Funktionäre des ehemaligen Kreisvorstandes, aus Betriebsgruppen und Stadtteilen zu einer *„konstituierenden Sitzung der neuen Kreisleitung"* getroffen. 23 stimmten einer Entschließung zu, in der sie bekräftigten, daß die Ausschlüsse der elf namentlich aufgeführten Parteimitglieder zur *„Sicherung der Partei"* notwendig wären. Die Generalversammlung scheiterte dennoch und machte in der westdeutschen Presse Schlagzeilen. *„Versammlungsleiter Hein Meyn hatte die Generalmitgliederversammlung der KPD noch nicht richtig eröffnet, da brach der abgesetzte Kreisvorsitzende Fritz Latzke an der Spitze einer Kavalkade teils früher von ihm, teils später mit ihm ausgeschlossener Genossen in den Versammlungssaal der pädagogischen Hochschule ein."*[32] Die Anhänger Latzkes solidarisierten sich mit den Eindringlingen, es kam zu einem Handgemenge, der Hausmeister alarmierte die Polizei, Albin Stobwasser löste die Versammlung auf. Tags darauf trat der Landesvorstand zusammen und erließ einen Aufruf an alle Kieler Mitglieder, in dem mit den *„klassenfeindlichen Agenten, Spitzeln und Spionen"* abgerechnet wurde. Ihre Zahl sei klein, groß hingegen seien die Unklarheiten in der Partei. *„Es wäre ganz falsch, politisch unklare Genossen mit Parteifeinden gleichzusetzen."*[33] Am 16. Januar wurden auf den Straßen und in den Betrieben Kiels eine Sonderausgabe des Norddeutschen Echos zu den *„Anschlägen der Parteifeinde auf die Kieler Parteiorganisation"* angeboten.

Ich gehörte nicht der Stadtteilorganisation in Gaarden an, wo ich mit meiner Frau am Vinetaplatz ein möbliertes Zimmer

[31] Norddeutsches Echo, 20.12.49.
[32] DER SPIEGEL; Hamburg, 1950, Nr.3, S. 12.
[33] Norddeutsches Echo, 17.01.1950.

bewohnte, sondern der mitgliederstarken Betriebsgruppe der Howaldtswerft, die von Hein Wadle, einem bekannten und angesehenen Widerstandskämpfer[34], geleitet wurde. Der Kesselschmied besaß unter seinen Kollegen hohes Ansehen; die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Werftarbeiter hatten ihn zu ihrem Generalobmann gewählt. Jedem Werftarbeiter war bekannt, daß Hein Wadle jede Überstunde ablehnte. Auch wenn sie seinem Beispiel nicht folgten, brachte es ihm die Achtung vieler Kollegen ein. Holte ich ihn zur Zeit des regulären Schichtschlusses von der Werft ab, sah ich den großen Mann als einzigen der Schiffbauer mit seiner abgewetzten Ledertasche das Tor passieren. Meine Aktivitäten in der Partei beschränkten sich auf die „Kleinarbeit" in dieser Gruppe — ich half Versammlungen vorzubereiten, Flugblätter zu entwerfen und zu verteilen —, da die Aufgaben in der Redaktion mich ganz in Anspruch nahmen. Die Auflage des Norddeutschen Echos war stark rückläufig, die finanziellen Mittel knapp, die Redaktion folglich unterbesetzt; als „Chef vom Dienst" arbeitete ich täglich zwölf, vierzehn Stunden.

Sonderausgabe des Norddeutschen Echos vom 16. 01. 1950: „Die Parteifeinde sind geschlagen".

Norddeutsches Echo

Sonder- NE Ausgabe

Preis 10 Pfennig | Montag | 16. Januar 1950 | 5. Jahrgang

Zu den Anschlägen der Parteifeinde auf die Kieler Parteiorganisation

Beschluß des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD Schleswig-Holstein

Das Sekretariat des Landesvorstandes der KPD Schleswig-Holsteins nahm in seiner Sitzung am 14. Januar zu den Vorkommnissen der Störung der Generalmitgliederversammlung in Kiel durch Parteifeinde Stellung und stellt folgendes fest:

1. Ende vorigen Jahres wurde dem Sekretariat des Landesvorstandes bekannt, daß parteifeindliche Agenten, die sich unter Führung von Latzke in Kiel in die Partei eingeschmuggelt haben, gemeinsam mit den Trotzkisten Brandler und Bergmann beschlossen hatten, die Kieler Parteiorganisation restlos an sich zu reißen. Daraufhin hat das Sekretariat des Landesvorstandes Materialien über die parteifeindlichen Beziehungen Latzkes, Schlichtings und anderer mit Brandler im „Norddeutschen Echo" veröffentlicht und im Interesse der Sicherung der Einheit der Partei und der Abwehr trotzkistisch parteifeindlicher Anschläge die parteifeindliche Parteileitung Kiel, Karlstal 2, vorzulegen.

Außerdem wird der Landesvorstand im Interesse der Beschleunigung der Ueberprüfung der Mitgliedsbücher besondere Kommissionen, die vom Landesvorstand ausgewählt werden, in jedem einzelnen Stadtteil einsetzen, die in derselben Zeit eine Ueberprüfung der Mitgliedsbücher vornehmen. Der Beginn der Arbeit der Kommissionen und die Adressen werden im „Norddeutschen Echo" noch veröffentlicht.

b) In sämtlichen Betriebsgruppen, Straßengruppen und Stadtteilen Kiels finden in der Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 1950 Mitgliederversammlungen statt, in denen zu den Beschlüssen der 14. Tagung des Parteivorstandes und der Lage in der Kieler Parteiorganisation Stellung genommen wird. Diese Mitgliederversammlungen werden nach einem auszuarbeitenden Plan von der Kreisleitung Kiel im Einvernehmen mit den Betriebsgruppen, Straßengruppen- und Stadtteilleitungen organisiert.

c) Die Kreisleitung Kiel wird beauftragt, eine neue Generalmitgliederversammlung der Kieler Parteiorganisation vorzubereiten.

Das Sekretariat des Landesvorstandes der KPD Schleswig-Holsteins wendet sich an alle Mitglieder der KPD des Kreises Kiel und fordert sie auf, diese notwendigen Maßnahmen zur Zerschlagung aller Pläne der

Aufruf der KPD in Schleswig-Holstein!

An alle Mitglieder der Kieler Parteiorganisation!

Der Landesvorstand Schleswig-Holstein der Kommunistischen Partei Deutschlands erließ auf seiner Sitzung am 15. Januar 1950 folgenden

Anfang Februar veröffentlichte das Norddeutsche Echo einen Brief des Parteivorsitzenden an eine noch *„schwankende Genossin"*, der ihr helfen sollte, *„alle Zweifel zu überwinden"*.[35] In den folgenden Wochen erschienen unter der Rubrik „Kieler antworten Max Reimann" kurze Zustimmungserklärungen. Gen. K. W. wendete sich in einem Artikel, der innerparteilichen Demokratie vertrauend, gegen jede *„Fraktionsmacherei"*, sie käme einer *„Verschwörung gegen die Partei"* gleich.[36]

[34] Vgl.Anni Wadle, „Mutti warum lachst du nie?" Drensteinfurt 1988, S.118 ff.

[35] Max Reimann an Else Wroblewski, Kiel-Gaarden, Norddeutsches Echo, 7.02.1950.

[36] Norddeutsches Echo, 16.02.1950, S.3

Fritz Latzke und seine Anhänger waren auch beschuldigt worden, Eintrittswilligen die Aufnahme in die Partei zu verweigern; zur Begründung habe ihnen der Nachweis genügt, daß AntragstellerInnen im Dritten Reich *„irgendwann auch einmal mit ‚Heil Hitler' gegrüßt"* hätten. Seien sie nicht umhin gekommen, einem Aufnahmeantrag stattzugeben, seien die neuen Mitglieder als solche *„zweiter Klasse"* behandelt worden. Die Folge seien Mitgliederverluste und eine Überalterung der Kieler Mitgliedschaft. Der nach Schleswig-Holstein gesandte Vertreter des Parteivorstandes Arno Freiberg rechnete vor, daß sich die Kieler Mitgliedschaft *„nur zu etwa einem Viertel aus neuen, seit 1945 zur KPD gekommenen Menschen zusammensetzt"*; im westdeutschen Durchschnitt seien es zwei Drittel. Das *„entscheidende Problem in Kiel"* nannte er die Schulung neuer Funktionäre. Er forderte für die Lösung dieser Frage mehr Ernsthaftigkeit; es sei eine Illusion zu glauben, man könne *„bereits fertige, nach allen Richtungen hin vollkommene Funktionäre entdecken"*, Funktionäre würden nicht geboren, sondern müßten *„in der Arbeit, im Kampf entwickelt werden"*, in der Kieler Mitgliedschaft gäbe es viele *„unentdeckte Schätze"*, aus denen neue Kader entwickelt werden könnten. *„...wenn darüber hinaus die Erfassung der Heimkehrer aus der Sowjetunion durchgeführt"* würde und die Partei endlich die Tore auch für Menschen öffnete, die vor 1933 noch nicht Mitglied der Partei waren, *„dann erschließen sich auch von dorther neue Quellen des Nachwuchses an Kadern, aus denen wir schöpfen können."*[37]

Anfang März werde ich von meiner Redaktionsarbeit weg in das eine Etage tiefer befindliche Büro des Landessekretariats gerufen und dem seit Tagen anwesenden Stellvertreter Max Reimanns, Kurt Müller, vorgestellt. Der 47jährige — Mitglied der KPD schon seit 1919, vor 1933 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD), zeitweilig Kandidat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale[38] *— machte einen eher finsteren Eindruck auf mich. In einem Gespräch unter vier Augen teilte er mir sachlich mit, „die Partei" sei zu der Auffassung gekommen, ich solle die Leitung der Landesorganisation übernehmen. Mit nichts hätte er mich mehr überraschen können! Ich bat mir Bedenkzeit aus und beriet mich mit Hein Meyn, der mich drängte, die Funktion trotz meiner Bedenken anzunehmen. Er hatte an den Vortagen an den Sitzungen des im Beisein Kurt Müllers permanent tagenden Landessekretariats teilgenommen.*

Aus einer Erklärung des schleswig-holsteinischen Landessekretariats kann geschlossen werden, was die Parteispitze Albin Stobwasser vor allem anlastete: *„Einer jahrelangen Duldsamkeit gegenüber den Argumenten Latzkes, die Ausdruck einer feindlichen Ideologie sind, folgte eine organisatorische Maßnahme, der keine ideologische Klärung in der Mitgliedschaft vorausging. Diese Fehler erschwerten die ideologische Klärung, die nach dem Ausschluß Latzkes eingeleitet wurde."* Die Erklärung kündigte eine außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz an, die am 14. und 15. April stattfinden, die „Ergebnisse der Diskussion" untersuchen und Lehren aus ihr ziehen sollte.[39]

[37] Norddeutsches Echo, 14.02.1950.
[38] Vgl. H. Weber, „Weiße Flecken" in der Geschichte, Frankfurt/M 1989, S.73; Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik, Köln 1959, S.127 f.
[39] Norddeutsches Echo, 4.04.1950.

Die KPD kam inzwischen ihrer „internationalen Pflicht", wenn auch mit Verspätung, nach: Der Kampf um die „Reinheit der Partei" weitete sich aus. Von der 1949 in der KPD einsetzenden „Säuberung" wurden bald nicht nur Mitglieder betroffen, die die Autorität J. W. Stalins anzweifelten oder die „nationale Politik" in Frage stellten, sondern auch Genossen mit „dunklen Punkten" in ihrer Parteivergangenheit;[40] dazu zählten jene Mitglieder, die vor 1933 oder auch danach sich irgendwelcher „Abweichungen" schuldig gemacht oder gar Oppositionsgruppen (z. B. der KPO) angehört hatten. Ihnen nützte es auch nichts, wenn sie sich bei der „Säuberung" hervortaten, „Parteifeinde" entlarvten und sich hinter die „nationale Politik" stellten. Äußerungen, Unterlassungen, Mängel, für die man sie verantwortlich machte, wurden — „prinzipiell" gedeutet und überhöht — zu Vorwänden beißender Kritik und zur Begründung von Absetzungen oder Parteiausschlüssen.

Schließlich wurden ganze Kategorien von Mitgliedern der Führung suspekt. Nach Titos Bruch mit Stalin genügte es, in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft gewesen zu sein, um von Funktionen ausgeschlossen zu werden. Als unsichere Kantonisten und potentielle Risikofaktoren galten auch Mitglieder, die in westlicher Emigration gewesen waren. Über den Grad der Zuverlässigkeit wurde außerhalb der statuarisch festgelegten Institutionen und Regeln der KPD und unter Ausschluß der Parteiöffentlichkeit in der Kaderabteilung im Hause des SED-Zentralkomitees entschieden, was die Vorgänge undurchsichtig und gespenstisch machte. Der KPD blieb nur der Vollzug.

Am Vortag der Konferenz hatte mich Max Reimann zu einem Gespräch nach Frankfurt/M eingeladen. Der Zufall wollte es, daß ich die Reise gemeinsam mit dem Hamburger Landesvorsitzenden Willi Prinz antrat; wir teilten uns ein Schlafwagenabteil. Wir diskutierten bis tief in die Nacht. Ich hatte das Gefühl, der ältere Genosse wollte mich verunsichern: Früher oder später „geschaßt" zu werden, das sei das Schicksal eines jeden Parteifunktionärs, da könne man sich drehen und wenden, wie man will, das bliebe einem nicht erspart. Der Kölner war zehn Monate zuvor von der Parteispitze an die Alster geschickt worden, hatte dort die Leitung übernommen und schon etliche ältere Genossen als „Parteifeinde" entlarvt und zur Strecke gebracht. Sein Zynismus befremdete mich und blieb mir unerklärlich, da ich nicht wußte, was nur den älteren, mit der ungeschriebenen Parteigeschichte vertrauten Funktionären bekannt war: Prinz hatte vor 1933 einer ultralinken Gruppe um Heinz Neumann und Hermann Remmele angehört, die Stalinschen „Säuberungen" nicht überlebte. Vielleicht wußte er auch Näheres über das Schicksal Kurt Müllers, der bereits „geschaßt" war und, wie später bekannt wurde, in Ostberlin verhaftet und von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. Max Reimann hingegen verstand es, mich nach dieser deprimierenden Nacht „aufzubauen", meine Selbstzweifel zu zerstreuen und mir Mut zu machen. Natürlich empfand ich es auch als eine hohe Auszeichnung, in den Stand der „Berufsrevolutionäre" erhoben zu

[40] Max Reimann, Anm.35.

werden. Der Mutter, die meine politische Entscheidung nicht verstand, auf ihren Sohn nur Unbill zukommen sah und der Meinung war, ich hätte zuerst etwas Ordentliches lernen sollen, zitierte ich aus Konstantin Fedins Revolutionsroman „Ein ungewöhnlicher Sommer": „Und ein Politiker kann wohl nichts? Eine Gesellschaft aufbauen, eine neue Welt schaffen, das Leben umgestalten, das soll kein Beruf sein?" Fedin hatte seinen Helden bescheiden hinzufügen lassen: „Vorerst lerne ich noch das Handwerk, die Menschen zu lenken, und das ist mein Beruf. Aber ich weiß, daß dieses Handwerk zur Kunst erhoben werden kann. ... Und wenn ich gelernt habe, die neue Gesellschaft aufzubauen, werde ich alle Schaffensfreude eines Künstlers erleben." So sah auch ich mich als Lernender am Werk — von nun an verantwortlicher Stelle.[41]

Am 14. April 1950 traten 161 Delegierte aus allen Kreisen des Landes in Kiel zu zweitägigen Beratungen zusammen; sie vertraten knapp 10.000 Mitglieder. Fritz Sperling, der Kurt Müller bereits als stellvertretenden Parteivorsitzenden abgelöst hatte, überbrachte die Grüße Max Reimanns, entschuldigte dessen Fernbleiben und beschwor die Versammelten, die außerordentlich gespannte internationale Lage und die daraus erwachsende Kriegsgefahr zu erkennen: *„Ihr müßt kämpfen, kämpfen für die Erhaltung des Friedens, wie es die Genossen der ganzen Welt tun."* Albin Stobwasser nahm in seinem Referat selbstkritisch zu den Versäumnissen des Landesvorstandes Stellung, forderte, *„in der Partei Zehntausende junger Funktionäre zu entwickeln"* und unterbreitete Vorschläge für die *„Verstärkung des Sekretariats des Landesvorstandes". Ich hatte über die nächsten Aufgaben gesprochen. Dennoch wird der Vorschlag Albin Stobwassers, ihn durch mich zu ersetzen, die meisten Delegierten überrascht haben. Das hinderte sie nicht, mich einstimmig zu wählen; sie vertrauten der Kaderauswahl der Parteispitze. Meine beiden Vorgänger in dieser Funktion wurden „dem Parteivorstand zur Verfügung" gestellt, wie es im Konferenzbericht heißt. Gertrud Rast hatte schon 1919 als junge Helferin Rudolf Lindaus zu den Gründern der Partei, Albin Stobwasser wie sein Stellvertreter Willi Hannemann und Hein Meyn hatten zu den „jungen Männern" Thälmanns gehört, mit mir war ein Mann der Kriegsgeneration an die Spitze der Landesorganisation gestellt worden. Das auch mir von Willi Prinz prophezeite „Geschaßtwerden" erlebte ich erst acht Jahre später. Mein Ausschluß aus dem Zentralkomitee der inzwischen verbotenen Partei wurde der Mitgliedschaft als ein warnendes Beispiel über den „Freiheitssender 904" mitgeteilt.*

Die dem neuen Landesvorsitzenden ein wenig peinliche Tatsache, daß er erst 24 Jahre alt und nach den damaligen Wahlgesetzen noch nicht wählbar war, führte bei der Aufstellung des Spitzenkandidaten zur bevorstehenden Landtagswahl zu einer Kontroverse: Sollte Hein Meyn als stellvertretender Landesvorsitzender oder der landesweit bekanntere Hugo Bischof — er hatte dem ersten von der Militärregierung ernannten Kieler Landtag als Vizepräsident angehört — den dem Gen. K. W. zustehenden Platz einnehmen? Das hierarchische Prinzip gab den Ausschlag.

[41] Rückblicke II, S.112

Dem Landessekretariat gehörten außer dem Vorsitzenden acht weitere Genossen an. Von den „Altkommunisten" zählten Hein Meyn, Albert Ollrogge, Jule Jürgensen dazu und als ältester der 58jährige Elmshorner Hugo Bischof, dessen politische Erfahrungen bis in die Kaiserzeit zurückreichten. Mit Herbert Manske, einem Schneider aus Neumünster, war ein aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrter ANTIFA-Schüler ins Sekretariat aufgenommen worden. Das Landessekretariat war nach des Schneiders Rückkehr aus der UdSSR von der Kaderabteilung des Parteivorstandes vor die Wahl gestellt worden, den ANTIFA-Schüler nach Kiel zu holen oder ihn der Zentrale zur Verfügung zu stellen.

Bei den ANTIFA-Schülern handelte es sich um eine besondere Kategorie von Kadern. Sie legten sich politisch fest, bevor sie Gelegenheit hatten, sich bei den 1946 zugelassenen Parteien umzusehen, ihre Versammlungen zu besuchen, sich mit ihren politischen Angeboten auseinanderzusetzen und vor allem ihre Politik an den eigenen Zielen und Interessen zu messen. *Mir fiel auf, daß sie mit unrealistischen Vorstellungen — was die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik, die Situation und die Aussichten der KPD betraf — aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft heimkehrten. Sie schienen sich eines besonderen Vertrauens sicher zu sein, was ihre Förderung von oben bestätigte. Nicht wenige zeigten sich darum auch überlegen. Falsch ist m.E. die Annahme, daß es sich vorwiegend um Opportunisten handelte. Wer aus rein opportunistischen Gründen ANTIFA-Schüler geworden war und nicht „Feuer gefangen" hatte, ließ sich nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft erst gar nicht von der KPD erfassen.*

Die Parteiführung hatte sich auf der 14.Parteivorstandssitzung über den Zustand der Partei alarmiert gezeigt: *„Unsere unteren Einheiten sind in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht operationsfähig"*, teilte Fritz Sperling als Erkenntnis aus einer Mitgliederkontrolle mit und fragte: *„Wie aber, Genossinnen und Genossen, soll unsere Partei die Massen führen, wenn die Grundeinheit nicht operationsfähig ist."* Der Parteivorstand hatte „Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung von Neuwahlen der Parteileitungen" beschlossen.

Der „Kampf gegen Parteifeinde" ging derweil verstärkt weiter. Bereits im Mai entfernt der Parteivorstand, an dessen Tagungen nun auch der neue Landesvorsitzende teilnimmt, Fritz Sperling und weitere Mitglieder aus seinen Reihen. Der Hamburger Landesvorsitzende Willi Prinz, der den Gen. K. W. mit seiner zynischen Philosophie vom unvermeidlichen „Geschaßtwerden" irritiert hatte, wird im Februar 1951 auf einer Parteivorstandssitzung, die im mecklenburgischen Löwenberg stattfindet, verhaftet und drei Jahre lang in der DDR hinter Gittern gehalten. Ohne spektakuläre Verdächtigungen und Anklagen fand auch in Schleswig-Holstein eine weitere Verjüngung des Landessekretariats statt. Die Alten schieden aus, Jule Jürgensen wurde Leiter der Landwirtschaftsabteilung des PV und Hugo Bischof siedelte in die DDR über, Albert Ollrogge kehrte nach Lübeck zurück. Hein Meyn blieb als einziger der älteren

Generation im Kreis der Jungen. Auch in anderen Landesorganisationen und in der Parteiführung vollzogen sich ähnliche Prozesse. Nicht lange, und die alten Kader waren in den Leitungen in der Minderheit.

Abgesehen davon, daß mir angesichts der Methoden unserer Gegner „Wachsamkeit" geboten schien, erleichterte mir ein anderer Umstand, den von der Parteiführung getroffenen Urteilen und ihrer Vollstreckung zuzustimmen: Die Betroffenen waren mir nur flüchtig bekannt. So jung wie ich war, hatten wir keine gemeinsame Vergangenheit, die uns hätte binden können. Anders im Falle Hein Meyns: Nachdem im Spätsommer 1952 „die Meyn, Manske, Motzner" ihrer Funktionen enthoben wurden[42]*, habe ich mich für den mir vertrauten und eng verbundenen Hein Meyn eingesetzt und solange seine Rehabilitierung gefordert, bis sie 1954 einschränkungslos erfolgte — ohne daß mir daraus ein ernster Vorwurf gemacht wurde. Die obersten Kaderhüter, so muß ich annehmen, zählten mich zu denen, „die man noch in der Arbeit, im Kampf erziehen muß" und eine gewisse Nachsicht verdienten. Auch als ich mich auf der erwähnten Parteivorstandssitzung im Februar 1951 gegen den Beschluß gewandt hatte, mich als Landesvorsitzenden nach Hessen zu schicken, war ich mit einer energischen Strafpredigt Max Reimanns davongekommen, in der er mir vorwarf, noch nicht verstanden zu haben, was „demokratischer Zentralismus" bedeutet.*

Ich hatte lediglich beantragt, den Beschluß in einen Vorschlag an die hessische Landesorganisation umzuwandeln, den Gen. K. W. auf der bevorstehenden Delegiertenkonferenz zum Vorsitzenden zu wählen. Während ich „versetzt" wurde, wurden auf dieser Tagung fünf Landesvorsitzende wegen Opportunismus und Sektierertum „geschaßt", zu ihnen gehörte auch Oskar Müller, Arbeitsminister in der ersten hessischen Nachkriegsregierung und Abgeordneter des ersten Deutschen Bundestages. Er half mir, in der hessischen Landesorganisation Vertrauen zu gewinnen. Wir traten auf großen Kundgebungen gemeinsam auf, wobei ich dem angesehenen Antifaschisten den Vortritt ließ.

Auch wer sich bei den „Säuberungen" nicht hervortat, oder wie ich als Landesvorsitzender in einigen Fällen zentrale „Maßnahmen" unterlief, wurde dennoch mitschuldig an den Kränkungen ehrlicher Menschen und mitverantwortlich für die Folgen im kleinen wie im großen.

Diese Entwicklung ist nur im Zusammenhang mit der historischen Situation verständlich, konkret dem Beginn des Kalten Krieges, mit dem eine erneute gesellschaftliche Ausgrenzung und Verfolgung der Kommunisten begann, an denen auch die Geheimdienste der westlichen Besatzungsmächte mit den in ihrem Metier weltweit angewandten Methoden der Zersetzung beteiligt waren. *Ich war 1947 von einem jungen britischen Offizier aus dem Stabe des Stadtmajors Sullivan sehr freundschaftlich angesprochen worden: Wir seien doch beide jung, die Zeiten seien unsicher, vieles sei offen, wir sollten uns gegenseitig informieren...*

[42] Wie Anm.12, S.106.

Dem setzte das Zentrum der kommunistischen Weltbewegung — sprich W. J. Stalin und sein Führungsapparat — eine Disziplinierung auch der im Lager des Gegners agierenden kommunistischen Parteien entgegen. Der dabei verwendete Begriff „innerparteiliche Auseinandersetzung" trifft nicht ihren Charakter, suggeriert er doch die Vorstellung von politischer Debatte, die es in Wirklichkeit nicht gab. Die vorgegebene „Linie" galt als absolut richtig, sie stand nicht zur Diskussion, sondern wurde vermittelt; wo sie in Zweifel gezogen wurde, galt es, „ideologische Schwächen" zu überwinden, „bürgerliche Ideologie" zu eliminieren und mögliche „Feinde" zu entfernen.

Einen dritten Weg sahen wir nicht. Was die Gewerkschaften „Restauration" nannten und in ihrem Grundsatzprogramm von 1963 als „Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse" beschrieben, die gleichzeitige Wiederindienstnahme von NS-Juristen, -Militärs und -Geheimdienstler und anderer ehemaliger Stützen des NS-Regimes, die mit dem „Wirtschaftswunder" verbundene Ellenbogenmentalität und soziale Differenzierung, das alles bestärkte uns junge Weltverbesserer eher in unseren Vorstellungen, als es uns für eine parlamentarische Demokratie gewinnen konnte, deren Bewährung noch ausstand; die Anstöße der 68er Studenten lagen noch in weiter Ferne. Hinzu kam, daß wir den Staatsapparat und die Medien auf eine Weise erlebten, die wenig geeignet war, uns von den Vorzügen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu überzeugen; wir fühlten uns als Freiwild jeder Verleumdung und Willkür ausgesetzt. Ich war gerade ein halbes Jahr in meiner Funktion, als die Presse von einem geplanten Aufstand berichtete, für dessen Vorbereitung die „schleswig-holsteinische KP" an „ominöse ‚L-K-Leiter'" Direktiven ausgegeben habe. In ihnen war von Alarmübungen und Aufmarschplänen die Rede, von Signalen für den O-Tag, von einer möglichen Gefährdung des Lebens von „Millionen Patrioten". Landesinnenminister Pagel hatte keine Zweifel an der Echtheit der Pläne und befand: „Es muß jetzt gehandelt werden."[43] Eine solche Ankündigung ließ uns Haussuchungen, Festnahmen, Zeitungsverbote erwarten.

An der Sozialdemokratie nahmen wir nur den scharfen Antikommunismus Kurt Schumachers wahr und jene Folgen, die auch der SPD-Parteivorstand und Parteiausschuß im April 1948 einräumte: „Die SPD sei sich bewußt, daß starke reaktionäre Kräfte bemüht seien, im Zeichen des notwendigen Kampfes gegen den Kommunismus ihre eigenen, nicht weniger volksfeindlichen Ziele durchzusetzen und dadurch ihre politische Machtstellungen zurückzugewinnen und zu behaupten."[44]

Die Aufgabe, die Leitungen auf allen Ebenen zu verjüngen, bestand auch für die SPD. Solange die Atmosphäre innerhalb der Parteien und ihr äußeres Bild allein von Funktionären der Weimarer Zeit geprägt wurden, konnten sie nennenswerte Teile der nachgewachsenen Generation nicht für sich gewinnen.[45] Das Ergebnis der Verjüngung hing jedoch von der Politik und dem Selbstverständnis der beiden Parteien ab. Während die

[43] Der Spiegel, Hamburg, 6.12.1950.

[44] Franz Osterroth/Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 426.

[45] Vgl. Die Fallstudie: Everhard Holtmann, Die neuen Lassalleaner, in Von Stalingrad zur Währungsreform, Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.

SPD sich damit den Weg zu einer linken Volkspartei ebnete und mehrheitsfähig wurde, wurde in der KPD mit Hilfe junger Kader ein von anderen Zielen bestimmtes Parteimodell durchgesetzt.

Die jungen Genossen meiner Generation hatten, auch wenn sie antifaschistischen Elternhäusern entstammten, eine Prägung erfahren, die uns geeignet machte, die „Partei neuen Typus" durchzusetzen, einer Partei, in deren Richtlinien es hieß: „Die eiserne Disziplin ist undenkbar ohne die Einheit des Willens, ohne die völlige und unbedingte Einheit des Handelns aller Parteimitglieder"[46] *Wir hatten uns als Heranwachsende den Einflüssen der NS-Wirklichkeit ebensowenig entziehen können, wie wir Gelegenheit hatten, demokratische Umgangsformen, Toleranz und Kompromißbereitschaft einzuüben. Ich zum Beispiel war zehn Jahre lang ein Kommandierter, war im „Jungvolk", in der „Hitlerjugend", im „Reichsarbeitsdienst" gedrillt worden, war der Kriegsdisziplin als Jungkanonier in einer Flakbatterie und als Infantrist an der Ostfront unterworfen gewesen, hatte nicht nur gehorchen, sondern auch befehlen gelernt. Selbst die Schulen, die wir besucht hatten, waren darauf ausgerichtet gewesen, weniger Köpfe als vielmehr Kerle heranzubilden. Wir waren darum eher geneigt, eine Organisationsstruktur zu akzeptieren, die einem Schwertorden ähnlicher war als einer demokratisch verfaßten Partei, konnten uns leichter in die „Armee des großen proletarischen Strategen, die Armee des Genossen Lenin" (J. W. Stalin) einordnen.*

Im Widerspruch dazu stand das ungute Gefühl, das ich allem gegenüber hatte, was mich an NS-Bräuche erinnerte. Ich erlebte entsetzt, wie die FDJ anläßlich ihres Parlaments der Jugend 1949 in Leipzig ihre Marschkolonnen mit den gleichen Landsknechtstrommeln im Gleichschritt hielt, die mir schon im „Jungvolk" den Schritt angegeben hatten, mich irritierten die Melodien der Arbeiterlieder, zu denen ich ganz andere Texte hatte singen müssen; das hierarchische Gehabe mancher Funktionäre empfand ich unangenehm, der Stimmungsrausch bei Stalinfeiern war mir unheimlich, trotz der uneingeschränkten Hochachtung, die ich vor dem „weisen Führer der Völker" hatte, so etwa, wenn ein Chor das von Erich Weinert nachgedichtete „Lied auf Stalin" sang: „Ewig keimen wird der Same / Ewig grünen wird das Feld / Wie die Sonn' wird Stalins Name / Ewig scheinen auf der Welt." Für meinen Respekt vor der Partei und meine jugendliche Unsicherheit spricht, daß das Unbehagen in mir weniger Kritik an diesem Stil und Kult auslöste als vielmehr die Frage, ob ich noch zu sehr meiner bürgerlichen Herkunft verhaftet bin, um die Hochgefühle meiner Mitstreiter zu teilen.

Zu den ersten Aufgaben des im April 1950 gewählten neuen Landesvorsitzenden und seines Sekretariats gehörten die Neuwahlen der unteren Parteileitungen. Anfang Mai sprach der Gen. K. W. dazu auf einer Parteiarbeiterkonferenz: *„Unser Wissen gibt uns Mut."*[47] In ihr kommt das Selbstverständnis der Kommunisten zum Ausdruck, die Überzeugung, *„daß die Stärke der Gewerkschaften, die Stärke der Nationalen Front*

[46] Richtlinien: Die Rolle und der Aufbau der KPD, herausgegeben vom PV der KPD, o.J., zit. nach Hans Kluth, S.60.

[47] Norddeutsches Echo, 9.05.1950.

und die Stärke der Friedensbewegung abhängt von der Stärke der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD." Die Kraft der Partei aber hänge von ihrer Einheit und Geschlossenheit, ihrer ideologischen Festigkeit und Disziplin ab.

Mir kam zugute, daß ich in der bedeutendsten Kieler Grundeinheit, der mitgliederstarken Betriebsgruppe der Howaldtswerft, trotz meiner Jugend und der Tatsache, daß ich kein Arbeiter war, Sympathien besaß. Auf der ersten Mitgliederversammlung nach meiner Wahl forderte ich die Genossen auf, mir die Jahre ihrer Mitgliedschaft zu nennen, addierte sie und bat darum, mir die vielhundertjährigen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Ich fuhr auch in meiner neuen Funktion fort, mich an der „Kleinarbeit" der Betriebsgruppe zu beteiligen, ließ mich von den Schiffsbauern besonders in Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes, bei der Einschätzung des Bewußtseins der Arbeiter und der Wahl geeigneter Losungen beraten. Es gab andere Fragen, in denen ich ihnen gegenüber die „Linie" durchsetzte. Das galt vor allem für die gerade in Kiel heftig umstrittene „Nationale Frage". Ein von mir oft zitiertes Wort Johann Gottlieb Fichtes aus der Zeit napoleonischer Fremdherrschaft — ich habe es später auch einem Kandidatenbrief vorangestellt — wird den Schiffbauern befremdlich geklungen haben: „Und handeln sollst Du so / Als hinge von Dir / Und deinem Tun allein / Das Schicksal ab der deutschen Dinge, / Und die Verantwortung wär' dein." Sie drückten ihr Unbehagen nicht so deutlich aus, wie der KPD-Landesvorsitzende in Württemberg-Baden Robert Leibrand — „Ich habe das Wort ‚deutscher Patriot' noch nie in den Mund genommen." Ich erinnere mich nur an ein lakonisches *„Dat hebt wi lang genog hört!"* Im Unterschied zu mir hatten die älteren Genossen mit den patriotischen Begriffen, in die die „nationale Politik" gekleidet wurde, ihre Schwierigkeiten. Sie sahen darin eine Abkehr vom Klassenkampf und Internationalismus.[48]

Doch auch nachdem Max Reimann die „nationale Politik" durchgesetzt hatte, kam die KPD mit ihr nicht zum Zuge. Die beabsichtigte „Remilitarisierung" stieß zwar auf starken Widerstand, führte zum Rücktritt von Adenauers Innenminister Gustav Heinemann und einer ernstzunehmenden „Ohne-uns"-Bewegung, der Gedanke eines neutralen deutschen Gesamtstaates fand darüber hinaus zwar auch bei Persönlichkeiten und Bürgern außerhalb der KPD Resonanz , doch wurde der Patriotismus von den Kommunisten in gleichem Maße überschätzt, wie sie die Vorbehalte gegen ihre Partei unterschätzten. Nach der Währungsreform und dem Beginn des „Wirtschaftswunders" trat für die Mehrheit der Menschen ohnehin das Bemühen in den Vordergrund, ein möglichst großes Stück vom *„Wohlstand für alle"* (Ludwig Erhard) abzubekommen. Der latente Antikommunismus bekam durch die Vorgänge im Osten Europas ständig neue Nahrung, den „staatstragenden Parteien" war es ein leichtes, sich seiner zur Legitimation ihrer Politik zu bedienen. Die „nationale Politik" mußte unter diesen Umständen scheitern.

Da die westdeutschen Kommunisten Verfolgte blieben, blie-

[48] H.Weber führt die Störung der „nationale[n] Identität der deutschen Kommunisten" nicht zuletzt auf die erbarmungslose Verfolgung und Isolierung im Dritten Reich zurück. Wie Anm. S.29.

ben sie auch in ihrer großen Mehrheit vor der Versuchung bewahrt, Macht zu mißbrauchen und sich zu bereichern. Gleichzeitig luden sie sich in ihrer Vorstellung eine Verantwortung auf, die von jedem Mitglied äußersten Einsatz erforderte, ungeachtet der Nachteile und Bedrängung, denen sie bereits wieder ausgesetzt waren. Ob dieser Einsatz dazu beigetragen hat, daß der kalte Krieg nicht in einen heißen umschlug und dem Wettrüsten Grenzen gezogen wurden, wieweit die westdeutschen Kommunisten als aktive Gewerkschafter halfen, die soziale Komponente unserer Ordnung zu stärken, das wird sich exakt nicht errechnen lassen; auf jeden Fall waren ihre Anstrengungen darauf gerichtet. Mit ihrem Versuch, eine bessere Gesellschaft zu schaffen, und ihren Hoffnungen auf den „realen Sozialismus" sind sie gescheitert. Insofern hatte sich der geflohene Heimkehrer am 19.August 1946 auf einen Holzweg begeben; er führte nicht in eine von Ausbeutung, Unterdrükkung und Kriegen freie Gesellschaft. Sie steht noch aus.